



ORDENTLICHE MITGLIEDER-
VERSAMMLUNG DER JUSOS MÜNSTER
20. Februar 2021

Beschlussbuch

Inhaltsverzeichnis

<u>A1 ARBEITSPROGRAMM DER JUSOS MÜNSTER 2021 – AUS PURER LIEBE ALLES GEBEN.....</u>	<u>3</u>
<u>A2 KINDERARMUT? NEIN DANKE! - SANKTIONIERUNG VON KINDERN UND JUGENDLICHEN DURCH HARTZ-IV-SYSTEM ABSCHAFFEN</u>	<u>19</u>
<u>A3 FÜR EINE LEBENSRETTENDE INFRASTRUKTUR IN DEUTSCHLAND</u>	<u>23</u>
<u>A4 FÜR VIELFALT IN UNSEREN STRUKTUREN</u>	<u>27</u>
<u>A5 DIE STRAßEN DENEN, DIE DARAUFLAUFEN! - SICHERHEIT FÜR FRAUEN* IM ÖFFENTLICHEN RAUM ..</u>	<u>30</u>
<u>A6 WIR BLEIBEN DABEI: GEGEN JEDEN ANTISEMITISMUS UND FÜR SOLIDARITÄT MIT ISRAEL</u>	<u>34</u>
<u>A7 AUF DIE BARRIKADEN – VERSAMMLUNGSVERHINDERUNGSGESETZ VERHINDERN!.....</u>	<u>37</u>
<u>A8 DIE PSYCHISCHE GESUNDHEIT MUSS POLITISCH WERDEN.....</u>	<u>40</u>
<u>A 9 KEINE BEHINDERUNG DER SEXUELLEN SELBSTBESTIMMUNG!.....</u>	<u>45</u>
<u>A10 GEH MIT GOTT ODER EINE SCHULE WEITER – BEKENNTNISSCHULEN ABSCHAFFEN</u>	<u>48</u>

A1 Arbeitsprogramm der Jusos Münster 2021 – Aus purer Liebe alles geben

1 Jungsozialist*in zu sein das heißt, sich für eine Gesellschaft der Freien und Gleichen
2 einzusetzen, in der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität nicht einfach nur ein Nice to have
3 sind. Hier in Münster verstehen wir uns als sozialistischer, feministischer, antifaschistischer
4 und internationalistischer Richtungsverband, der innerhalb und außerhalb der SPD Münster
5 wirken möchte. Getrieben von der Erkenntnis, dass unser aller Leben im Kapitalismus uns
6 unserer Möglichkeiten auf freie Entfaltung beraubt, kämpfen wir für den demokratischen
7 Sozialismus. Dieser Kampf eint uns und wir führen ihn, um die dem Kapitalismus inhärente
8 Armut, Ungleichheit und Ausbeutung zu beenden.

9 In unserer Gesellschaft ist kein Platz für Diskriminierung. Sei es Antisemitismus, Sexismus,
10 Rassismus oder auch Ableismus: Wir setzen uns dafür ein, dass eines schönen Tages
11 niemand mehr auf Grund seiner Hautfarbe, seines Geschlechts, seiner Sexualität, seiner
12 Behinderung oder seiner Herkunft benachteiligt wird. Nicht weniger ist unser erklärtes Ziel.

13 Auf dem Weg in diese neue Welt gehen wir geeint mit unseren Bündnispartner*innen.
14 Gemeinsam mit ihnen stellen wir uns dem gesellschaftlichem Rollback entgegen, wo es
15 auch auftreten mag und empowern uns gegenseitig bereits erreichte Erfolge weiter
16 auszubauen. Wir verteidigen die Grundwerte, die Faschist*innen überall auf der Welt mit
17 Füßen treten. Alle, die gemeinsam mit uns dieses Ideal einer besseren Gesellschaft
18 erkämpfen wollen, sind herzlich willkommen sich uns anzuschließen aus purer Liebe alles
19 zu geben.

20 I. Unsere inhaltliche Arbeit

21 Unser Selbstanspruch ist der eines Verbandes, der mit seiner Arbeit aktiv in die Gesellschaft
22 hineinwirkt. Eine fundierte inhaltliche Auseinandersetzung mit den großen grundlegenden
23 Fragen ist uns dabei genauso wichtig wie das Angehen der brennenden Probleme unserer
24 Zeit. Ob Klimakatastrophe, Patriarchat oder wachsende Schere zwischen Arm und Reich:
25 Wir Jusos wollen Antworten und Lösungen liefern.

26 Unsere inhaltliche Arbeit soll daher auf zweierlei Weise wirken: Erstens wollen wir uns selbst
27 reflektieren und versuchen die Rollen und Ideale, die uns diese von uns so kritisierte
28 Gesellschaft andichtet, zu überwinden. Denn für uns ist klar: Sozialismus, Feminismus,
29 Antifaschismus und Internationalismus sind nicht einfach irgendwelche Worthülsen,
30 sondern verlangen eine gründliche Auseinandersetzung und Selbstreflexion. Für unser
31 Ideal fangen wir bei uns selbst an und möchten uns immer hinterfragen: Was können WIR
32 besser machen, um unserem Verständnis vom Juso-Dasein gerecht zu werden?
33 Selbstbezeichnungen reichen uns nicht, wir sind kritisch mit uns selbst und wollen uns
34 gegenseitig bilden! Aus diesem Grund wollen wir in diesem Jahr eine Arbeitsgruppe
35 einsetzen, welche sich mit genau dieser Frage auseinandersetzt. Sie soll Anlaufpunkt sein
36 um anzuerkennen, dass wir die Vielfalt, die wir uns in unserer Gesellschaft der Freien und
37 Gleichen so herbeisehnen, selbst noch nicht erreicht haben.

38 Darüber hinaus möchten wir jedoch auch außerhalb unseres eigenen Dunstkreises wirken:
39 Gerade bei der bevorstehenden Bundestagswahl wird sich zeigen, inwieweit die SPD ihr in
40 den letzten Jahrzehnten verstaubtes Image wirklich wieder erneuern kann. Als Jusos
41 pochen wir seit langem auf eine linke SPD und suchen immer wieder die
42 Auseinandersetzung mit unserer Partei. Wir bleiben überzeugt, dass dies schlussendlich
43 dazu führen wird, dass die Sozialdemokratie wieder all jene ansprechen wird, die sich in
44 den letzten Jahren von ihr im Stich gelassen fühlten. Dass das unvermeidbar ist, ist für uns
45 nicht ein Selbstzweck sondern schlicht und ergreifend Teil unseres Kampfes gegen all jene
46 die versuchen das Klima unserer Gesellschaft zu vergiften indem sie Hass schüren und
47 Lügen verbreiten. Ihnen allen stellen wir uns gemeinsam in den Weg. Diese Aufgabe scheint
48 gerade in einer Ausnahmesituation, wie wir sie gerade alle erleben müssen, essentiell. Die
49 Pandemie hat gezeigt, was wir schon so lange geahnt haben: Die schwächsten Mitglieder
50 der Gesellschaft werden am stärksten getroffen und Faschist*innen versuchen die Ängste
51 und Sorgen einer sich entzweierenden Gesellschaft für sich zu instrumentalisieren. Dass
52 systemrelevante Arbeit kein Hungerlohn bedeuten darf, dass wir endlich das Patriarchat
53 zerschlagen müssen, der Klimakatastrophe etwas entgegen gesetzt werden muss und dass
54 Gerechtigkeit in der Bildung nur durch die Jusos und die SPD zu ermöglichen ist, ist uns
55 klar. Deshalb bringen wir uns politisch ein und deshalb dürfen wir die verschärfte Lage durch
56 die Pandemie als nichts anderes als einen zusätzlichen Anstoß für unsere Arbeit sehen.

57 **I.I. Unsere Themenbereiche**

58 Gemeinsam kommen wir zusammen und füllen die abstrakte Idee des Juso-Daseins mit
59 Leben. Unsere Themenbereiche bestimmen unsere innerverbandlichen Debatten, wie auch
60 unser gesellschaftliches Engagement.

61 **PoliTisch Antifa und Kommunales**

62 Auch in diesem Jahr werden wir die Themen Antifa und Kommunales als gemeinsamen
63 PoliTisch behandeln. Der antifaschistische Kampf findet zu großen Teilen vor der eigenen
64 Haustür statt.

65 So auch in Münster, wenn wir den lokalen „Corona-Rebellen“ entgegenstehen. Mit der
66 Coronakrise entwickelten sich Gruppen und Initiativen wie „Corona-Rebellen“ und
67 „Querdenken“. Diese Entwicklungen sind nachweisbar mit rechten Strukturen vernetzt bzw.
68 von rechten Gruppen unterlaufen. Wie die extreme Rechte die Coronakrise für sich nutzt
69 und welche Gefahren sich daraus ergeben, wollen wir auf unserem PoliTisch besprechen.
70 Außerdem wollen wir uns überlegen, wie demzufolge unser antifaschistischer Kampf in der
71 Pandemie aussehen muss.

72 Im September steht die Bundestagswahl an. Bei der letzten Bundestagswahl zog mit der
73 AfD eine extrem rechte Partei in das Parlament ein. Was in diesen vier Jahren von dieser
74 rechten Partei im Parlament gemacht (oder auch nicht gemacht) wurde und wie wir unseren
75 Bundestagswahlkampf vor Ort antifaschistisch gestalten, werden wir auf unserem PoliTisch

76 Antifa besprechen. Dabei wollen wir den Fokus auch auf den Umgang mit der AfD im
77 Wahlkampf legen.

78 Nachdem im letzten Jahr nach dem Mord an dem US-Amerikaner und BPoC George Floyd
79 durch Polizisten die „Black Lives Matter“-Bewegung erstarkt ist, wollen wir das Thema
80 Antirassismus nicht vergessen. Unsere volle Solidarität gilt der „Black Lives Matter“-
81 Bewegung und allen von Rassismus betroffenen Menschen. Uns ist klar, dass
82 Solidaritätsbekundungen allein nicht reichen, um Rassismus zu bekämpfen. Wir müssen
83 aktiv antirassistische Arbeit leisten. Wie dies aussieht, wird auch auf unserem PoliTisch
84 Thema sein. Da wir ein überwiegend weiß gelesener Verband sind, ist eine kritische
85 Auseinandersetzung mit unserem weiß sein, den damit einhergehenden Privilegien und
86 unsere eigenen rassistischen Handlungen unabdingbar. Dabei werden wir darauf achten,
87 dass wir für die BPoC in unserem Verband einen Safer Space anbieten können.

88 In unserem Themenbereich Kommunales wollen wir uns mit den Auswirkungen der
89 kirchlichen Prägung auf die kommunale Struktur für Frauen* auseinandersetzen. Wir
90 protestieren jedes Jahr zusammen mit dem Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung gegen
91 den 1000-Kreuze-Marsch. Da Feminismus einer unserer Grundsätze ist, wollen wir uns
92 auch kommunal damit beschäftigen und mit besonderem Augenmerk auf die
93 Gesundheitsversorgung und Sicherheit von Frauen* schauen, inwieweit besonders die
94 fundamentalistischen Strömungen, wie auf dem 1000-Kreuze-Marsch, einen Einfluss in
95 Münster haben. Aber auch die kirchlichen Angebote für Frauen* wollen wir bei unserer
96 Auseinandersetzung nicht außer Acht lassen.

97 Im letzten Jahr fand die Kommunalwahl in Münster statt. Darum wollen wir uns ca. ein Jahr
98 danach anschauen was bisher geschehen ist und was in naher Zukunft noch ansteht.
99 Besonders unsere Juso-Themen aus unserem Wahlkampf, nämlich Klimaneutralität,
100 Bildung, Wohnraum und Kultur wollen wir dabei besonders beleuchten.

101 Ein weiteres kommunales Thema, welches besonders für uns als Jugendorganisation
102 wichtig ist, ist die kommunale Struktur für junge Menschen in Münster. Dazu gehören
103 Freizeitmöglichkeiten, aber auch Bildung. Da viele Studierende in unserem Verband aktiv
104 sind, wollen wir uns besonders mit den Angeboten und der Situation für junge Menschen,
105 die nicht studieren, insbesondere Schüler*innen und Auszubildende, in Münster
106 auseinandersetzen. Als Parteijugend einer Arbeiter*innenpartei müssen wir uns deshalb
107 auch immer wieder fragen, wie wir für junge nicht studierende Menschen attraktiv sind und
108 sie zum Mitmachen in unserem Verband anregen können. Grundlegend dafür ist die
109 Auseinandersetzung mit den Problemen und deren Lösungen für genau diese Zielgruppe.

110 Für uns ist klar: es gibt keine Alternative zum Antifaschismus! Nicht in Münster oder
111 anderswo!

112 **PoliTisch Bildung**

113 20,454 Milliarden Euro sind für das Jahr 2021 für Schule und Bildung in NRW, laut dem
114 Etatentwurf des Bildungsministeriums eingeplant. Es handelt sich dabei um 454 Millionen

115 mehr als im Vorjahr. Doch auch wenn es sich um eine gewaltige Summe handelt, haben
116 bereits die vergangenen Jahre gezeigt, dass der Bildungssektor nicht nur unterfinanziert ist,
117 sondern auch ineffizient arbeitet. Besonders die Corona-Pandemie hat schonungslos
118 aufgedeckt, wo in Schulen Verbesserungsbedarf besteht und wo es an guter Organisation
119 mangelt. Sei es die Ausstattung der Schulen, der Lehrer*innenmangel oder die fehlenden
120 digitalen Ressourcen. Verschobene Abschlussklausuren hier, erneute Kita-Schließung dort,
121 Unterricht bei offenen Fenstern und verzweifelte Eltern im Homeschooling.

122 Auch wenn an vielen Stellen die Generation, der unter 25-Jährigen zu Sündenböcken in der
123 Corona-Pandemie gemacht wurden, sind es genau diejenigen, die jetzt nicht vergessen
124 werden dürfen. Wir müssen uns bewusst mit den Folgen beschäftigen, hinschauen wo
125 Träume und Lebensentwürfe zerstört wurden. Und ein besonderes Augenmerk liegt bei all
126 jenen, die am Anfang ihrer (beruflichen) Laufbahn mit Arbeitslosigkeit zu kämpfen haben.
127 Es darf nicht so ablaufen wie vor zehn Jahren, als nach der Finanz- und Eurokrise 2008 die
128 Staats- und Regierungschef*innen eine ganze Generation im Stich gelassen haben.

129 Daher ist es uns als Jungsozialist*innen auch im Jahr 2021 ein großes Anliegen über das
130 Thema Bildung ins Gespräch zu kommen und uns damit auseinanderzusetzen wie eine
131 linke Bildungspolitik ausgestaltet werden muss, damit für jede*n eine bestmögliche Teilhabe
132 an der Gesellschaft möglich ist. Oft reduzieren wir Bildung bloß auf die kognitive
133 Wissensausbildung und haben ein zu enges Bild in welchen Lebensphasen und an welchen
134 Orten gelernt und bestimmte Abschlüsse gemacht werden. Doch Bildung ist und kann mehr!

135 Vielfältige Bildungsangebote sind wichtig und auch die Sensibilisierung für neue
136 Themenfelder. Die Entrüstungen und die Trauer über den Tod von George Floyd im Frühjahr
137 2020 und auch die vielen homo- und transfeindlichen Übergriffe haben die Menschen
138 weltweit auf die Straßen gebracht. Nun müssen Taten und Veränderungen folgen! Schulen
139 und andere (Weiter-)Bildungseinrichtungen können sich nicht von diskriminierenden
140 Strukturen freimachen. Ungleichbehandlungen und die Bedienung von Rollenstereotypen
141 im Kontext Lernen müssen diskutiert und angegangen werden. Es gilt kritisch zu
142 hinterfragen, wie man die Vielfalt der Lernenden besser wahrnehmen und fördern kann. Und
143 wie sieht es überhaupt mit den Schulmaterialien aus? Bilden diese die Vielfalt der
144 Gesellschaft in Bild und Sprache ab?

145 Wie man sieht, bedeutet Bildungspolitik kein oberflächliches diskutieren, sondern einzelne
146 Themen ganz konkret in den Blick nehmen. Vom PoliTisch Bildung wollen wir uns daher,
147 wie bereits thematisiert, mit den Folgen der Corona-Pandemie aus bildungspolitischer
148 Perspektive auseinandersetzen. Außerdem hat sich bei der Umstellung zum digitalen
149 Fernunterricht gezeigt, dass viele Lehrer*innen nicht gut gerüstet sind für die vielen
150 (digitalen) Herausforderungen der Zeit. Es stellt sich also die Frage, warum Lehrer*innen so
151 selten auf Fortbildungen geschickt werden, während diese in vielen anderen Berufsfeldern
152 selbstverständlich dazugehören. Geplant ist auch die Auseinandersetzung mit Lernorten
153 wie der Volkshochschule (VHS). Für wen ist diese heute noch von Relevanz und wer nimmt
154 die Angebote wahr? Abschließend wollen wir auch einen Blick auf das sensible Thema

155 Depressionen unter Schüler*innen richten. Psychische Erkrankungen sind in der gesamten
156 Gesellschaft ein Tabuthema, aber besonders bei Kindern und Jugendlichen sind weder
157 Eltern noch Lehrer*innen passend geschult, um damit umzugehen.

158 Der PoliTisch Bildung soll über diese Themenfelder hinaus auf aktuelle politische
159 Entwicklungen eingehen und für uns eine Plattform bieten, diese bildungspolitischen
160 Veränderungen und Vorschläge gemeinsam zu diskutieren.

161 **PoliTisch Europa und Internationales**

162 Wir befinden uns in einer Welt, in der globale Probleme globale Lösungen erfordern. Als
163 internationalistischer Verband sind wir der Überzeugung, dass wir unsere Köpfe nicht in
164 nationale Sandkästen stecken, sondern gemeinsam mit unseren Genoss*innen
165 international die kommende Welt aufbauen müssen.

166 Die Corona-Pandemie hat die Welt seit fast einem Jahr fest im Griff. Zwar ist die Entwicklung
167 mehrerer erfolgversprechender Impfungen ein Lichtblick, doch diese werfen neue Fragen
168 nach einer global gerechten Verteilung der Impfstoffe auf. Während die Pandemie in Europa
169 und Nordamerika Ende 2021 vorbei sein könnte, ist der globale Süden auf die internationale
170 Gemeinschaft angewiesen, um genügend Impfdosen zu beschaffen. Corona wird somit
171 auch zu einer Frage der internationalen Gerechtigkeit, mit der wir Jusos uns befassen
172 wollen.

173 Die größte Krise unserer Generation ist die Klimakrise. Dass Deutschland seine Ziele zur
174 Reduktion der Treibhausgasemissionen 2020 nicht um ein Vielfaches überschritten hat, ist
175 wohl dem flächendeckenden Shutdown der Wirtschaft am Jahresanfang zu verdanken.
176 Dieses Beispiel lässt darauf schließen, welche radikale Maßnahmen es braucht, um das im
177 Pariser Klimaabkommen 2015 vereinbarte 1,5 Grad-Ziel zu erreichen. Beim PoliTisch
178 Europa und Internationales wollen wir uns auch im kommenden Jahr mit der internationalen
179 Klimapolitik auseinandersetzen, die Implementierung des „European Green Deals“ der EU-
180 Kommission weiterhin kritisch begleiten und die globale sozial-ökologische Wende in den
181 Mittelpunkt stellen.

182 Die Euphorie der EU-Hoodie-Tage dürfte bei den Meisten verfliegen sein. Die Verklärung
183 der EU als Garantin von Menschenrechten, Frieden und Rechtsstaatlichkeit in Europa ist
184 krachend kollidiert mit der Realität einer inhumanen Abschottungspolitik, für die das Lager
185 Moria zum Sinnbild geworden ist. Auch die Sabotage der Rechtsstaatlichkeit und Attacken
186 auf LGBTIQ-Rechte durch autoritäre Regierungen wie in Ungarn und Polen hat an der blau-
187 goldenen Fassade eines geeinten Europas tiefe Kratzer hinterlassen. Welche Zukunft der
188 europäische Gedanke hat und welche Alternativen es zu einer neoliberalen Union gibt,
189 sollen unsere Leitfragen im kommenden Jahr sein.

190 Die Wahl von Joe Biden zum US-Präsidenten veranlasst zu der Annahme, dass die Zeiten
191 einer erratischen US-Außenpolitik und der Gefahr eines globalen Konflikts per Twitter für
192 die nähere Zukunft vorbei sind. Davon dürfte auch die transatlantische Bündnispolitik
193 profitieren. Doch ein genereller außenpolitischer Kurswechsel – weg von endlosen

194 Kriegseinsätzen im Nahen und Mittleren Osten – ist unwahrscheinlich. Mit den jüngsten
195 Debatten um die Bewaffnung von Bundeswehdrohnen wirft die Bundestagswahl 2021 ihre
196 Schatten voraus, deren Ausgang entscheidend für das friedens- und sicherheitspolitische
197 Selbstverständnis Deutschlands sein wird. Wir wollen uns daher mit den außenpolitischen
198 Positionen der SPD im Bundestagswahlprogramm kritisch auseinandersetzen und die
199 Zukunft der transatlantischen Bündnispolitik evaluieren.

200 Auch China darf als „global player“ schon lange nicht mehr unterschätzt werden. Die
201 chinesische „Belt-and-Road-Initiative“, bei der chinesische Banken und Konzerne riesige
202 Infrastrukturprojekte in Asien, Afrika und Europa im Gegenzug für Handelsrechte
203 realisieren, ist das jüngste Megaprojekt der chinesischen Führung unter Xi Jinping. Die
204 Chancen und Risiken dieses Projekts und die kritische Auseinandersetzung mit den
205 geopolitischen Interessen Chinas sollen daher ebenfalls Teil unserer Bildungsarbeit sein.

206 Sozialistische und feministische Kämpfe finden auf der ganzen Welt statt, auch wenn sie
207 nicht oft im Mittelpunkt der medialen Aufmerksamkeit stehen. Ein Beispiel ist die Revolution
208 im Nordosten Syriens, wo kurdische Freiheitskämpfer*innen eine autonome
209 Selbstverwaltung aufgebaut haben. Die Errungenschaften der Revolution und ihre fragile
210 Lage zwischen den Interessen der verschiedenen Regionalmächte soll uns daher im
211 kommenden Jahr ebenfalls beschäftigen.

212 **PoliTisch Feminismus**

213 Als Jusos Münster ist der Feminismus Bestandteil unserer DNA. Wir wollen ändern, wer in
214 den Geschichtsbüchern auftaucht, denn das sind noch immer meist keine Frauen* und noch
215 viel seltener queere Frauen*, Women of Colour und nicht-binäre Menschen. Deshalb wollen
216 wir auch im Jahr 2021 einen unserer PoliTische dem feministischen Kampf widmen!

217 Zuallererst ist es unser Ziel, eine intersektionale Perspektive aufzuzeigen und Frauen*, die
218 aufgrund unterschiedlicher Merkmale diskriminiert sind, in den Diskurs miteinzubeziehen.
219 Es gilt, Frauen*, die durch ihre Hautfarbe, Religion, Sexualität, Behinderung oder weiterer
220 Merkmale marginalisiert sind, eine Stimme zu geben. Besonders die Worte nicht-weißer
221 Frauen*, die sich zum Beispiel für eine postkoloniale Sichtweise aussprechen, sollen und
222 müssen beachtet werden. An dieser Stelle muss ein weiteres von uns definiertes Bestreben
223 hervorgehoben werden: in einer rassistischen Gesellschaft wie unserer müssen wir
224 antirassistisch sein und uns gegen jeglichen Rassismus stellen – immer und überall.
225 Deshalb wollen wir uns als PoliTisch Feminismus mit antirassistischem Feminismus
226 auseinandersetzen.

227

228 Frauen* werden zunehmend durch in Europa wieder aufstrebendes rechtes Gedankengut
229 gefährdet. Rechtspopulistische und -extreme Parteien erstreben in den Parlamenten
230 Europas Frauen* ihre lang erkämpften Rechte wieder abzusprechen und zu einem
231 traditionellen Rollen- und Familienbild zurückzukehren. Gerade in Zeiten wie diesen ist es
232 wichtig, uns für unsere feministischen Ziele stark zu machen und Haltung zu zeigen. Der

233 PoliTisch Feminismus möchte sich deshalb dem Thema des internationalen Frauenkampfes
234 widmen!

235 Außerdem soll das Thema Prostitution und Sexarbeit Gegenstand unserer Arbeit sein.
236 Prostitution darf nicht aus konservativer Sicht als sittenwidrig und Verstoß gegen
237 traditionelle Ehebilder bezeichnet werden, muss aber kritisch gesehen werden. Prostitution
238 ist Ausdruck der patriarchalen, kapitalistischen Gesellschaft, in der wir leben, weshalb wir
239 besonders die Ungerechtigkeiten zwischen den Geschlechtern bekämpfen, statt
240 schlichtweg Prostitution verbieten zu wollen. Wir wollen uns einige Fragen stellen: Wie geht
241 Prostitutionskritik in der politischen Linken? Welche staatlichen Vorkehrungen können
242 Prostituierte schützen und ihre sexuelle Selbstbestimmung bewahren? Wie können wir
243 Zwangsprostitution und Menschenhandel effektiv bekämpfen?

244 Zudem ist im Jahr 2021 Bundestagswahl. Was uns hier – mal wieder – auffällt, ist dass
245 Frauen* in der Politik und den Parlamenten unterrepräsentiert sind. Um die politische
246 Partizipation von Frauen* zu stärken, können und müssen wir den Zugang zu höheren
247 Bildungsangeboten und Führungspositionen für sie erhöhen, denn Bildung und Einkommen
248 dürfen nicht vom Geschlecht abhängig sein – aber was noch können wir tun, um auch bei
249 uns in Münster mehr Frauen* von unserer jungsozialistischen Politik zu überzeugen? Die
250 Partizipation von (jungen) Frauen in politischen Kontexten soll uns deshalb auch
251 beschäftigen.

252 Nicht zuletzt hat die Corona-Pandemie gezeigt, dass viele Frauen* in Deutschland
253 sexualisierte Gewalt erfahren. Da es keine echte Gleichstellung geben kann, solange
254 geschlechtsspezifische Gewalt das Leben von Frauen* mitbestimmt, soll es daher auch
255 Thema des PoliTisches Feminismus sein, den Kampf gegen diese voranzutreiben!

256 **PoliTisch Soziales und Umwelt**

257
258 Wir alle sind Jungsozialist*innen und das kann bekanntlich nicht ohne “sozial” geschrieben
259 werden! Aus diesem Grund hat das Soziale, gemeinsam mit der Umwelt, auch in diesem
260 Jahr wieder als ein Oberthema einen besonderen Platz in unserer Arbeit. Dabei wollen wir
261 uns mit einem der sichtbarsten Versagen deutscher Sozialpolitik beschäftigen:
262 Wohnungslosigkeit. Da dieses Thema auch in Münster von großer Bedeutung ist und es
263 auch hier viele Organisationen und Gruppen gibt die wichtige Arbeit dazu leisten, wollen wir
264 uns mit diesen vernetzen um von ihren Erfahrungen und Perspektiven Inspirationen für
265 unsere Arbeit zu gewinnen.

266 Zusätzlich bleibt auch Hartz IV weiterhin ein großer Bestandteil im Leben von erwerbslosen
267 Menschen. Häufig ist dieses Arbeitslosengeld verbunden mit Sanktionen, die das ohnehin
268 schon wenige Geld noch weiter kürzen. Nicht zuletzt deswegen hat Hartz IV schon immer
269 viel Kritik erfahren. Doch wie kann ein Arbeitslosengeld aussehen, dass das
270 Existenzminimum der Menschen wahrt und diesen soziale und kulturelle Teilhabe
271 ermöglicht? Hierzu möchten wir uns, auch im Hinblick auf die kommenden

272 Bundestagswahlen, die Frage stellen, wie eine soziale Abkehr von Hartz IV aussehen kann,
273 und einen Blick auf das Konzept der SPD, das sogenannte "Bürgergeld", werfen.

274 Zudem ist für ein langfristiges solidarisches Miteinander eine zukunftsgerechte
275 Umweltpolitik unabdingbar. Hierbei bleibt die Frage: Wie lässt sich der ökologische Wandel
276 sozial gestalten?

277 Mit Blick darauf wollen wir beispielsweise betrachten, inwiefern eine mögliche CO2-Steuer
278 ärmere Menschen belastet und in welchem Rahmen derartige lenkungspolitische
279 Maßnahmen zielführend sind. Denn all dies ist eng verbunden mit der Frage ob solche
280 Maßnahmen genügen können, in einer Wirtschaftsweise, die einer begrenzten Welt
281 unbegrenztes Wachstum abverlangt, die der Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit
282 zwischenstaatliche Konkurrenz entgegenhält und die Verantwortung auf das Individuum
283 abwälzt. Kurz: Wie kann ein *system change* aussehen, der nötig ist gegen den *climate*
284 *change*?

285 Wenn wir uns mit dem Klimawandel befassen, lässt sich ein großer Faktor der letzten Jahre
286 nicht umgehen: Fridays for Future. Klein angefangen in Schweden hat es die Bewegung zu
287 weltweiter Aufmerksamkeit geschafft. Die Kinder und Jugendlichen blieben aktiv und in aller
288 Munde, obwohl ihnen häufig entgegengehalten wurde, sie seien für ein solches Thema
289 unqualifiziert; es sei "eine Sache für Profis". Wir wollen uns die Bewegung und ihre
290 Errungenschaften genauer anschauen. Was ist passiert? Was wurde erreicht? Und wie geht
291 es weiter?

292 **I.II. Unsere Seminare**

293 Das Verbandsleben in Münster ist neben den PoliTischen vor allem durch eins geprägt:
294 unsere Seminare. Großen Schwerpunktthemen wollen wir uns auch außerhalb unserer
295 wöchentlichen Plenar widmen und kommen deshalb mehrmals im Jahr für einen ganzen
296 Tag oder auch ein ganzes Wochenende zusammen.

297 Der politische Bildungsanspruch findet dabei Ausdruck etwa in Vorbereitungsseminaren wie
298 im letzten Jahr zur Kommunalwahl, als auch in Seminaren zu den großen Kontroversen
299 unserer Zeit.

300 Im vergangenen Jahr musste unser Seminarprogramm aufgrund der Pandemie gekürzt und
301 verändert werden. Doch für uns sind und bleiben unsere Seminare elementarer Bestandteil
302 unserer Arbeit. Deshalb wollen wir auch in diesem Jahr allen interessierten Mitgliedern
303 ermöglichen, an unserem Bildungsprogramm teilzunehmen; sei es nun digital oder in
304 Präsenz. Dabei ist es uns wichtig die im vergangenen Jahr gesammelten Erfahrungen in
305 der für uns alle noch immer ungewohnten Situation der Pandemie anzuwenden, um unsere
306 Bildungsarbeit weiter zu verbessern.

307 Inhaltlich wollen wir uns in diesem Jahr vier Themen innerhalb von Tages- bzw.
308 Wochenendseminaren widmen. Dabei ist uns unter anderem eine Auseinandersetzung mit
309 jungsozialistischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik wichtig, wie auch die Vorbereitung

310 zur Bundestagswahl im Herbst. Wichtig für uns bleibt dabei immer, dass jedes unserer
311 Seminare (egal bei welchem Thema) immer eine feministische Perspektive mit einbezieht.
312 Die feministische Viertelstunde ist uns allen ein wichtiges Anliegen, kann jedoch in
313 Seminaren nicht unser einziger Anspruch auf Feminismus sein.

314 Wenn die Lage es erlauben sollte, möchten wir außerdem zwei unserer vier Seminare
315 außerhalb von Münster in Form eines Wochenendseminars abhalten. Neben der sicheren
316 Finanzierung muss hier natürlich der gesundheitliche Schutz der Teilnehmer*innen
317 berücksichtigt werden.

318 Neben unseren inhaltlichen Seminaren wollen wir außerdem wieder das bewährte Mittel der
319 Antragsschule nutzen, um neue und altbekannte Jusos dazu zu ermutigen, Anträge für
320 unsere Mitgliederversammlungen einzureichen, denn diese sind für unsere inhaltliche
321 Ausrichtung obligatorisch.

322 **I.III. Aktionswoche gegen Antisemitismus und feministischer März**

323 Seit nun schon einigen Jahren führen wir unsere Aktionswoche gegen Antisemitismus und
324 für Solidarität mit Israel durch. Leider wirkte sich im letzten Jahr auch hier die Pandemie
325 erheblich auf das Programm aus. Für das kommende Jahr konnten wir jedoch schon
326 Stephan Grigat für einen Vortrag gewinnen und sind so hoch motiviert, wieder ein buntes
327 Programm auf die Beine zu stellen.

328 Auch unsere Bündnispartner*innen wie etwa das Junge Forum der Deutsch-Israelischen
329 Gesellschaft oder das Jugendbündnis gegen Antisemitismus wollen wir dabei wieder
330 miteinbeziehen. Gerade in einer Zeit in der antisemitische Kräfte in Münster die Oberhand
331 im öffentlichen Diskurs zu erlangen versuchen, gilt unser Kampf gegen jeden
332 Antisemitismus umso mehr.

333 Über die Aktionswoche gegen Antisemitismus und für Solidarität mit Israel hinaus möchten
334 wir uns in diesem Jahr ein spezielles Programm für den feministischen März überlegen.
335 Nicht nur am Frauen*kampftag wollen wir verdeutlichen, dass der Feminismus für uns eine
336 der zentralen Leitlinien ist. Ähnlich der Aktionswoche gegen Antisemitismus und für
337 Solidarität mit Israel soll unser feministischer März uns und unseren Mitgliedern die Chance
338 geben, neue Perspektiven kennenzulernen und feministische Debatten in die SPD, wie auch
339 in die Stadtgesellschaft tragen. Auch hier wollen wir die Zusammenarbeit mit
340 Bündnispartner*innen und externen Gästen suchen, um bei gemeinsamen Veranstaltungen
341 über unseren eigenen Tellerrand zu blicken.

342 **II. Unsere Arbeitsweise**

343 Die Vernetzung auf den verschiedenen Ebenen unseres Verbandes und unserer Partei ist
344 uns hier in Münster schon lange ein wichtiges Anliegen. Im vergangenen Jahr konnten wir
345 uns besonders freuen, denn Münster stellt nun den Landesvorsitzenden der NRW Jusos
346 und zwei unserer Kandidierenden haben es in den Rat der Stadt Münster geschafft. Darüber
347 hinaus sind wir nach wie vor im Bundesvorstand der Jusos vertreten, wie auch im

348 geschäftsführenden Vorstand der SPD Münster. Diese starke Präsenz wird ergänzt durch
349 unser Auftreten auf Parteitag, Landes- und Bundeskonferenzen, wenn wir unsere Anträge
350 einbringen, verteidigen und gemeinsam mit vielen anderen engagierten Genoss*innen für
351 die beste Beschlusslage diskutieren. Unsere Vertretung auf den verschiedenen Ebenen,
352 wie auch unsere Präsenz in Ausschüssen, Parteitag und Konferenzen wollen wir auch in
353 diesem Jahr beibehalten und die Weichen dafür setzen, dass Münster auch in Zukunft ein
354 bedeutender Unterbezirk bleibt.

355 **II.I. Der PoliTisch**

356 Juso in Münster sein, das heißt der Donnerstagabend ist geblockt. Geblockt weil wir dann
357 alle zusammenkommen, um über aktuelle politische Themen, theoretische Fragestellungen
358 und die Ungerechtigkeiten dieser Zeit zu diskutieren. Für uns ist unser wöchentliches
359 Plenum nicht wegzudenken, auch wegen des gemeinsamen Austauschs bei dem ein oder
360 anderen Kaltgetränk nach dem offiziellen Treffen.

361 Seit nun schon unerträglich langer Zeit können wir leider keinen PoliTisch in Präsenz
362 abhalten. Dass wir trotzdem durchhalten und jede Woche aufs Neue mit vielen Menschen
363 im digitalen Orbit zusammenkommen, zeigt wie stark unser gemeinsamer Wille zum
364 Weitermachen ist. Wir lassen uns nicht unterkriegen: Unser PoliTisch gehört zu uns!

365 Deshalb bleibt es auch in diesem Jahr dabei, dass wir uns jeden Donnerstag treffen wollen,
366 um über verschiedene Fragen und Probleme zu diskutieren. Natürlich würden wir dies gerne
367 in Präsenz tun, halten jedoch am digitalen Format fest, solange das Infektionsgeschehen
368 ein Treffen in Präsenz nicht zulässt. In alphabetischer Reihenfolge wechseln sich dabei
369 unsere PoliTisch-Teams mit den Themen Antifaschismus und Kommunales, Bildung,
370 Europa und Internationales, Feminismus, sowie Soziales und Umwelt ab.

371 Außerhalb dieser Reihenfolge ist jeder erste Donnerstag eines jeden Monats für unseren
372 PoliTisch Organisatorisch reserviert. Als eine Art des öffentlichen Vorstandstreffens wollen
373 wir hier gemeinsam Aktionen planen und über brandaktuelle Ereignisse diskutieren. Für
374 letzteres ist uns die politische Viertelstunde seit langem eine treue Begleiterin. Auf sie wollen
375 wir auch in diesem Jahr nicht verzichten, genauso wie auf unsere feministische
376 Viertelstunde. Dieses Jahr wollen wir jedoch versuchen den PoliTisch Orga zu entzerren
377 und entscheiden uns deshalb dafür die feministische mit der politischen Viertelstunde
378 monatlich zu alternieren. Ob dies wirklich den gewünschten Effekt erzielt, soll jedoch nach
379 einer angemessenen Zeitspanne evaluiert werden.

380 Eine besondere Aufgabe kommt außerdem unseren Vertreter*innen im Rat der Stadt
381 Münster, dem Bundesvorstand der Jusos, dem Landesvorstand der Jusos, wie auch aus
382 dem Unterbezirksvorstand der SPD Münster zu. An sie richten wir den berechtigten
383 Anspruch sich auch nach ihrer Wahl beim PoliTisch Organisatorisches einzubringen und
384 uns von ihrer Arbeit zu berichten.

385 Der Aufbau unseres PoliTisches ist häufig Anlass für Gruppenarbeiten. In diesen können
386 wir ermöglichen, dass sich alle Mitglieder genau dem Schwerpunkt widmen können, der sie

387 am meisten interessiert beziehungsweise bei dem sie am meisten lernen können. Auch
388 wenn wir anerkennen, dass diese Arbeitsweise oft große Vorteile mit sich bringt, wollen wir
389 auch auf methodische Vielfalt achten. Bei unseren digitalen PoliTischen haben wir zuletzt
390 neue Formate wie etwa Quizze ausprobiert. Wir wollen uns aber auch in diesem Jahr nicht
391 lumpen lassen, uns neue Methoden auszudenken und diese auszuprobieren. Wichtig bleibt
392 unser Anspruch bei Gruppenarbeiten mindestens ein Thema anzubieten, welches ohne
393 Textarbeit auskommt und (soweit es möglich ist) immer auch einen kommunalen Bezug zu
394 unserer Arbeit herzustellen.

395 Einladungen an Expert*innen aus verschiedenen Fachbereichen sind uns darüber hinaus
396 ein gutes Mittel, um uns noch vielfältiger aufzustellen und unsere Arbeit interessant und
397 niedrigschwellig zu halten.

398 **II.II. Die Vorstandsarbeit**

399 Juso in Münster zu sein, macht auch deshalb so viel Spaß, weil wir als Gruppe funktionieren.
400 Eine transparente Vorstandsarbeit und eine gute Ansprechbarkeit von allen Personen in
401 Funktion ist uns deshalb ein grundsätzliches Anliegen. Bedeutende organisatorische oder
402 inhaltliche Entscheidungen werden deshalb mit allen Mitgliedern auf dem PoliTisch
403 Organisatorisch getroffen und Funktionär*innen aller Ebenen sind präsent, um sich den
404 Fragen und Anregungen aller Mitglieder zu stellen.

405 Darüber hinaus trifft sich der Vorstand mindestens einmal im Monat, um anstehende
406 Aufgaben, Projekte und Veranstaltungen zu koordinieren.

407 Damit alle Mitglieder sich darauf verlassen können, dass die auf dem PoliTisch
408 Organisatorisch sowie unseren Mitgliederversammlungen gefassten Beschlüsse und
409 Entscheidungen umgesetzt werden, muss sich unser Vorstand in besonderem Maße
410 verpflichtet fühlen. Von ihm wird daher ein herausragendes Maß an aktiver Beteiligung und
411 Engagement erwartet. Deshalb sind die Vorstandsmitglieder je für einen der PoliTisch-
412 Themenbereiche zuständig und nehmen sich außerdem eines Arbeitsbereiches an. Diese
413 Arbeitsbereiche lauten: Bildungsarbeit, Bündnisarbeit, Gleichstellungsarbeit,
414 Öffentlichkeitsarbeit und Neumitgliederbetreuung sowie die Vernetzung mit der Juso-
415 Hochschulgruppe. Darüber hinaus erwarten wir von allen Vorstandsmitgliedern die aktive
416 Teilnahme an allen Veranstaltungen der Jusos Münster, sofern nicht begründete
417 Entschuldigungen vorliegen. 2019 haben wir unser feministisches Neumitgliederkonzept
418 beschlossen und uns dazu verpflichtet es immer wieder zu evaluieren und die
419 Beschlusslage zu aktualisieren, wo es nötig scheint. Der Vorstand wird auch 2021 an dieser
420 Evaluation festhalten und Überlegungen anstellen, wie eine diverse Neumitgliederarbeit
421 jenseits der feministischen Perspektive aussehen kann.

422 **II.III. Aus purer Liebe alles geben - Auch im Wahlkampf!**

423 Klar ist: Wir Jusos können Wahlkampf! Immer wieder zeigen wir, dass unser großer Einsatz
424 Wahlkampf, wie wir ihn kennen, erst ermöglicht. Natürlich sind Ergebnisse wie das bei der
425 Kommunalwahl deshalb für uns sehr niederschmetternd. Die Wochen der harten Arbeit und

426 der Vorbereitung wurden in der Vergangenheit nicht mit einem guten Ergebnis belohnt.
427 Doch wir lassen uns nicht unterkriegen, denn wir wissen wofür wir kämpfen. Wir kämpfen
428 eben nicht nur für eine Prozentzahl, die am Abend der Wahl im Fernsehen verkündet wird.
429 Wir kämpfen für die politische Repräsentanz von jungen Menschen. Wir kämpfen für unsere
430 Grundsätze Sozialismus, Feminismus, Antifaschismus und Internationalismus. Und wir
431 kämpfen für unser Ideal der Gesellschaft der Freien und Gleichen. Deshalb lohnt sich jeder
432 Wahlkampf aufs Neue und wir brennen jetzt schon darauf, uns in den
433 Bundestagswahlkampf zu stürzen. Besonders berücksichtigen wollen wir dabei dass die
434 kommende Bundestagswahl zweifelsohne als Klimawahl bezeichnet werden muss. Viele
435 junge Menschen, die durch die Klimabewegung politisiert wurden, dürfen nun das erste mal
436 wählen. Ihnen wollen wir aufzeigen, dass jungsozialistische Umwelt- und Klimapolitik das
437 richtige Angebot ist.

438 Erklärtes Ziel ist dabei für uns sicherzustellen, dass die SPD den linken Kurs einschlägt,
439 den wir uns schon so lange von ihr wünschen und dass Münster endlich wieder mit einem
440 Mandat im Bundestag vertreten ist. Dafür möchten wir uns nicht nur in den Wochen vor der
441 Wahl in die Arbeit stürzen, sondern auch frühzeitig an den Prozessen innerhalb der SPD
442 Münster beteiligt werden. Bereits im Kommunalwahlkampf waren wir in den parteiinternen
443 Gremien aktiv und wollen auch bei der Bundestagswahl darauf pochen, diese Position
444 wieder einzunehmen.

445 In Münster mit den Jusos in den Wahlkampf zu ziehen, das heißt Spaß und Anstrengung
446 gleichermaßen. Diese Herausforderung scheuen wir auch nicht in Zeiten, in denen wir uns
447 neue Formate des Wahlkampfes überlegen müssen, weil bei uns beliebte, traditionelle
448 Methoden je nach Infektionsgeschehen eventuell nicht möglich sind.

449 Um die inhaltliche sowie organisatorische Aufstellung für unseren Wahlkampf bestmöglich
450 zu realisieren setzen wir deshalb wieder auf die Wahlkampfkernteamgruppe. Neben der
451 Erstellung eines Zeitplans und der Überlegung welche Materialien wir wie einsetzen wollen,
452 ist uns dabei natürlich der Wahlkampf in Social Media besonders wichtig. Gerade in
453 Pandemiezeiten scheint es abwegig diese Form der Kommunikation zu vernachlässigen.
454 Deshalb wollen wir auch in diesem Wahlkampf nicht auf eine speziell einberufene
455 Onlinewahlkampfgruppe verzichten.

456

457 Gemeinsam mit dem*der sozialdemokratischen Kandidat*in für den Bundestag wollen wir
458 einen bunten Jugendwahlkampf organisieren und wieder einmal unter Beweis stellen, was
459 wir alles können. Dass uns dabei auch die Vernetzung mit den NRW Jusos und den Jusos
460 im Bund wichtig ist, ist nichts neues. Auch unsere Bündnispartner*innen, wie etwa die
461 Gewerkschaftsjugendlichen wollen wir für eine Zusammenarbeit gewinnen.

462 **II.IV. Veranstaltungsreihe: Aus der Krise in unsere neue Welt**

463 Die Realität der Pandemie, sie hat nicht nur unsere Arbeit in Münster stark beeinträchtigt,
464 sondern hat spürbare Auswirkungen auf unser aller Leben. Ob die finanzielle

465 Mehrbelastung, die psychische Ausnahmesituation oder auch der Verlust von sozialen
466 Kontakten. Durch die aktuelle Lage wurde der Zustand des vom Kapitalismus kaputt
467 gesparte Gesundheitssystem deutlich, der Kampf gegen häusliche Gewalt dringender und
468 der Aktivismus im Angesicht der Klimakrise schwieriger. Die Krise hat uns außerdem
469 gezeigt, dass die Ressourcen im psychologischen Beratungs- und Betreuungsbereich sowie
470 in der akuten und langfristigen Versorgung unzureichend sind und hat somit bereits
471 bestehende Probleme verdeutlicht. Die Pandemie hat also eine Krise im Öffentlichen wie
472 auch Privaten ausgelöst, die zweifelsohne politische Dimensionen nach sich zieht, mit
473 denen zuvor wohl niemand so recht gerechnet hatte.

474 In einer eigenen Veranstaltungsreihe wollen wir uns deshalb mit der Frage beschäftigen,
475 wie die Krise vorhandene Ungerechtigkeiten unserer Gesellschaft zu Tage treten lässt oder
476 sogar verschärft und wie eine jungsozialistische Antwort auf die Frage nach der Welt danach
477 lauten kann. Dabei wollen wir vor allem den Austausch mit Fachleuten außerhalb unseres
478 Verbandes und der Partei suchen und falls Begegnungen in Präsenz möglich sind auch
479 Veranstaltungen außerhalb unseres Parteibüros abhalten.

480 Eine Projektgruppe soll sich mit der genauen inhaltlichen Ausdifferenzierung der einzelnen
481 Veranstaltungen beschäftigen, so dass sich alle Mitglieder beteiligen können, die ein
482 besonderes Interesse an einem bestimmten Aspekt der Krise haben. Dem Vorstand kommt
483 dabei die Aufgabe zu, die Arbeit der Projektgruppe durch organisatorische Unterstützung
484 zu erleichtern.

485 **II.V. Kooperationen und Bündnisarbeit**

486 Unsere Arbeit lebt davon, dass wir uns mit anderen progressiven Kräften
487 zusammenschließen, um gemeinsam stärker zu sein. Von daher nimmt die Bündnisarbeit
488 für uns einen besonderen Stellenwert ein. Besonders in Zeiten in denen selbsternannte
489 Corona-Leugner*innen Gedenkveranstaltungen an das Novemberpogrom stören können
490 und linke Gegendemonstrant*innen offen angehen, müssen sich progressive Kräfte
491 zusammenschließen, um die Stadt nicht denen zu überlassen, denen Solidarität kein Begriff
492 zu sein scheint. Bereits innerhalb der Strukturen der SPD und der Jusos finden wir Bündnis-
493 und Kooperationspartner*innen, die uns wichtig sind.

494

495 Aus der Überzeugung heraus, dass wir nur gemeinsam stark sind, pflegen wir in Münster
496 schon seit langem ein enges Verhältnis zu unseren Hochschulgrüpler*innen vor Ort. Dass
497 ein Vorstandsmitglied von der Juso-Hochschulgruppe nominiert wird und dann für die
498 Vernetzung zwischen unseren zwei Gruppen zuständig ist, ist schon lange eine wichtige
499 Tradition, auf die wir auch in diesem Jahr nicht verzichten wollen. Vernetzungsaktionen wie
500 etwa die gemeinsame Weihnachtsfeier oder ein gemeinsames Plenum, sowie ein
501 gemeinsamer PoliTisch waren in der Vergangenheit wichtige Termine, die uns auch in
502 diesem Jahr begleiten sollen. Doch Freund*innenschaft unter Jusos und Juso-HSG heißt
503 eben auch aktive Unterstützung. Deshalb wollen wir uns auch diesen Sommer wieder beim

504 Hochschulwahlkampf einbringen, wenn es heißt wichtige Plätze in Stupa und Senat zu
505 verteidigen und neue dazu zu gewinnen. Im Gegenzug freuen wir uns natürlich auf die Hilfe
506 der Hochschulgruppe im Bundestagswahlkampf, denn am Ende kommt es auf jede*n
507 Einzelne*n an.

508 Jenseits dieser Aktionen und Veranstaltungen hat es sich für uns alle bewährt, wenn die für
509 die Jusos Münster auf der einen Seite und für die Juso-Hochschulgruppe auf der anderen
510 Seite Verantwortlichen den regelmäßigen Kontakt aufrecht erhalten um die gemeinsame
511 Zusammenarbeit stetig zu verbessern.

512 Da es leider auch im vergangenen Jahr zu keiner Neugründung unserer Juso Schüler*innen
513 und Auszubildenden Gruppe (JSAG) kam, halten wir weiter an dem Vorhaben fest dies zu
514 ermöglichen. Zu diesem Zweck wollen wir ein Vorstandsmitglied als zentrale
515 Ansprechperson benennen. Auf die Sicht von Schüler*innen und Azubis können und werden
516 wir ausdrücklich nicht verzichten.

517 Kritische Solidarität - so ordnen wir Jusos unsere Beziehung zur SPD gerne ein. Doch was
518 genau heißt das eigentlich? Für uns Jusos Münster bedeutet das nicht weniger, als dass
519 wir uns als aktives Sprachrohr für die Belange von linken, jungen Menschen innerhalb der
520 SPD verstehen und uns in Folge dessen innerhalb der Partei in Gremien und sämtlichen
521 Strukturen einbringen. Dabei ist uns die Zusammenarbeit mit anderen
522 Arbeitsgemeinschaften und auch den Ortsvereinen in Münster ein besonderes Anliegen, um
523 unsere Auffassung von Sozialdemokratie auszutauschen und voneinander zu lernen.

524 Jenseits unserer Juso- und SPD-Bubble pflegen wir Kontakte zu verschiedenen
525 Akteur*innen der politischen Linken, wie auch der Zivilgesellschaft. Diese Kontakte helfen
526 dabei, uns selbst immer wieder zu reflektieren und besonders die dringenden Fragen
527 unserer Kommune gemeinsam zu bewältigen. Diesen Teil unseres Engagements wollen wir
528 nicht missen, weshalb wir uns auch dieses Jahr wieder etwa im Kein Meter Bündnis, dem
529 Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung sowie dem Jugendbündnis gegen Antisemitismus
530 einbringen wollen. Darüber hinaus wollen wir uns auch neue Türen öffnen und bleiben
531 ständig auf der Suche nach neuen Partner*innen und neuen Kontaktmöglichkeiten.
532 Besonders Initiativen gegen Rassismus, Antisemitismus, Faschismus und Sexismus
533 standen und stehen für uns immer im Fokus. Umweltpolitische Belange sind natürlich in
534 dieser Aufzählung auch nicht mehr wegzudenken. Ziel von einer Vernetzung können dabei
535 ausdrücklich auch gemeinsame Veranstaltungen sein, die es uns ermöglichen sollen, mehr
536 Menschen außerhalb unseres Dunstkreises zu erreichen. In der Vergangenheit war etwa
537 die Zusammenarbeit mit dem Jungen Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft in
538 Münster ein Anstoß für gemeinsame Veranstaltungen. Diese Entwicklung wollen wir weiter
539 vorantreiben.

540 Als Jugendorganisation der Sozialdemokratie verstehen wir uns ausdrücklich als solidarisch
541 mit all jenen, die für Arbeitnehmer*innenrechte eintreten. Dass wir deshalb eine besondere
542 Nähe zu Gewerkschaftsjugendlichen anstreben, ist selbstverständlich. Gemeinsam setzen wir

543 uns für Arbeitnehmer*innen ein und der 1.Mai ist für uns Jusos jedes Jahr aufs neue der
544 Tag, bei dem wir genau dies verdeutlichen wollen.

545 Neben Initiativen und überparteilichen Organisationen und Bündnissen war für uns in
546 Münster immer auch der Austausch mit der Grünen Jugend wertvoll. Die gemeinsame
547 Freundschaft wurde in der Vergangenheit zum Beispiel bei gemeinsamen PoliTischen
548 vertieft. Auch auf diese Zusammenarbeit wollen wir in diesem Jahr nicht verzichten.

549 **II.VI. Gleichstellungarbeit**

550 Die volle Härte des Patriarchats trifft alle nicht-männlichen Menschen unserer Gesellschaft
551 jeden Tag aufs Neue. Ob ungleiche Bezahlung, ungerechte Verteilung der Carearbeit oder
552 (sexualisierte) Gewalt: Frauen* werden systematisch unterdrückt, nicht-heterosexuelle
553 Menschen ihrer grundlegenden Rechte beraubt und selbst in vielen linken Kontexten scheint
554 der Satz „Ich bin Feminist*in“ nicht mehr zu sein als eine leere Worthülse. Das wollen wir
555 nicht hinnehmen. Ausdrücklich verstehen wir uns als feministischer Verband und wollen
556 nicht nur als gutes Beispiel vorangehen, sondern jede unangenehme Diskussion führen, die
557 nötig ist, um das Fundament des Patriarchats jeden Tag ein bisschen mehr ins Wanken zu
558 bringen. Dass auch wir unsere Strukturen und unser Verhalten immer wieder auf Sexismus
559 untersuchen müssen, ist für uns eine Verpflichtung, die wir ernst nehmen. Auf sämtlichen
560 Ebenen unserer Partei unseres Verbandes und in unserer Gesellschaft setzen wir uns
561 deshalb für die Belange von Frauen* und gegen die Unterdrückung von ihnen ein.

562 Die seit Jahren in Kooperation mit der Juso-Hochschulgruppe stattfindenden
563 Frauen*vernetzungstreffen bleiben für uns bewährtes Mittel zur Unterstützung unserer Local
564 Girl Gang. Dass bald auch wieder Frauen*mensatreffen möglich sein können, hoffen wir
565 sehr und bleiben in diesem Sinne wachsam, welche weiteren Formate denkbar sind, selbst
566 wenn das Infektionsgeschehen unsere Pläne negativ beeinflussen sollte. Etwa eine
567 Rhetorikschulung speziell für Frauen* war bereits in der Vergangenheit im Gespräch, fand
568 jedoch wegen Angeboten der NRW Jusos nie statt. Nicht nur dieses Format wollen wir
569 erneut prüfen, wenn wir uns dieses Jahr fragen, wie wir unser in unserem feministischen
570 Neumitgliederkonzept verabschiedetem Vorhaben mehr Frauen* für die Mitarbeit bei uns zu
571 gewinnen, gerecht werden können. Das Konzept wollen wir weiter evaluieren und nötige
572 Verbesserungen vornehmen.

573 Jenseits dieser Maßnahmen, die sich speziell an Frauen* richten, verstehen wir es jedoch
574 selbstverständlich auch als ausdrückliche Pflicht aller männlichen Mitglieder, sich ständig
575 ihre Position im Patriarchat vor Augen zu führen und sich zu hinterfragen, wie die eigenen
576 Privilegien und Verhalten Rollenmuster bedienen, die wir eigentlich überwinden wollen. Ein
577 Format, das sich explizit dieser Aufarbeitung widmet ist denkbar für uns, solange es nicht
578 dazu führt, Männerbünde zu etablieren.

579 Außerhalb unserer eigenen Reihen wollen wir auch weiterhin mit feministischen
580 Akteur*innen der Stadtgesellschaft zusammenarbeiten. Besonders am Frauen*kampftag

581 oder auch dem internationalen Aktionstag gegen Gewalt an Frauen ist für uns eine
582 Kooperation mit anderen progressiv feministischen Kräften denkbar.

583 Dem zuletzt wieder aufgenommenen Austausch mit der Arbeitsgemeinschaft
584 sozialdemokratischer Frauen wollen wir uns weiter verstärkt annehmen und neue
585 Möglichkeiten der Kooperation ausloten.

586 **II.VII. Öffentlichkeitsarbeit**

587 Nachdem wir im letzten Jahr erfolgreich die Onlinepräsenz von uns Jusos neu aufrollen
588 konnten, versetzte uns die Pandemie schnell in einen Zustand in dem wir zwischenzeitlich
589 keine andere Möglichkeit des direkten Kontaktes untereinander als den über Social Media
590 hatten. Dieser Zustand führte uns vor Augen, welche Potentiale wir noch nicht ausschöpften
591 und wo wir uns verbessern müssen. So etablierten wir beispielsweise das Format des
592 sonntäglichen Takeovers, welches wir auch in Zukunft weiterführen wollen. Dabei möchten
593 wir über den Vorstand hinaus Jusos auf Landes- und Bundesebene die Möglichkeit geben
594 einen Tag lang unseren Instagram-Kanal zu übernehmen, um so ihr Herzensthema
595 aufzubereiten und dabei unsere Reichweite zu nutzen. Ebenso wollen wir besondere Social
596 Media Aktionen wie unseren kritischen Adventskalender, der im letzten Jahr sein Debüt
597 feierte, neu auflegen.

598 Neben der alltäglichen Bespielung unserer Kanäle auf Instagram und Facebook, wie etwa
599 den Veranstaltungen für unsere wöchentlichen PoliTische, wollen wir außerdem evaluieren,
600 inwieweit neue SocialMedia Kanäle wie Twitch oder TikTok sinnvoll sind. Des Weiteren
601 wollen wir kritisch hinterfragen, wie wir unseren Online-Auftritt für Menschen mit
602 Behinderung oder auch geringen Deutsch-Kenntnissen verbessern können. Auch ihnen
603 wollen wir alle Möglichkeiten geben, sich an unserer Arbeit zu beteiligen.

604 Besonders für den Wahlkampf ist für uns von Bedeutung eine große Reichweite bei unseren
605 potentiellen Wähler*innen zu generieren. Die zuvor bereits angesprochene Online-
606 Wahlkampfgruppe soll sich mit diesem Thema auseinandersetzen und dabei auch
607 diskutieren, inwieweit wir unser Wahlkampfbudget für Wahlwerbung auf Social Media
608 nutzen sollten und können. Neben der Onlinepräsenz wollen wir selbstverständlich auch die
609 in Münster traditionell konservative Presse nicht aus dem Blick verlieren und weiter
610 versuchen, unsere Statements in den lokalen Medien zu platzieren.

611

612 **III. Aus purer Liebe alles geben**

613 *Die Jusos Münster schreiben sich ihre Grundwerte Sozialismus, Feminismus und*
614 *Antifaschismus, sowie Freiheit, Gleichheit und Solidarität nicht nur auf die Fahne, sondern*
615 *füllen sie mit Leben. Wir sind ein stolzer Verband, der weiß, wo er herkommt, was er will*
616 *und wie er das erreichen kann. Wir laden alle, die unsere Werte teilen, ein, mit uns für eine*
617 *Welt zu kämpfen, die unsere ist.*

A2 Kinderarmut? Nein danke! - Sanktionierung von Kindern und Jugendlichen durch Hartz-IV-System abschaffen

618 Mehr als ein Fünftel aller Kinder in Deutschland ist von Armut betroffen und Hartz IV kann
619 bei Betrachtung der Ursachen nicht ignoriert werden, insbesondere da gerade Minderjährige
620 dadurch stark von Ungerechtigkeiten betroffen sind. Nicht nur, aber auch aus diesem Grund
621 ist eine Abkehr von Hartz IV auf dem Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit unvermeidbar und
622 der einzig richtige Entschluss. So soll dieser Antrag dem bereits auf der Lako 2019
623 beschlossenen "Hartz IV konsequent abschaffen - Den Weg zu einem solidarischen
624 Sozialstaat zu Ende gehen!" keinesfalls entgegen stehen oder versuchen, etwas zu
625 reparieren, was nicht zu retten ist. Vielmehr soll die dort bloß am Rand beachtete
626 Gefährdung von Kindern in unserem Antrag genauer analysiert werden. Damit wollen wir
627 sicherstellen, dass bestehende Fehler, die Armut von Kindern und Jugendlichen fördern und
628 ihnen die Möglichkeit nehmen, aus jener zu entkommen, erkannt und nicht in künftigen
629 Konzepten wiederholt werden.

630 Hartz IV: Kinder haften für ihre Eltern

631 Gegenwärtig werden Jugendliche, die in einem Arbeitslosengeld II beziehenden Haushalt
632 leben, als Teil der jeweiligen Bedarfsgemeinschaft betrachtet. Mit dieser Begründung wird
633 ihnen, wenn sie neben der Schule arbeiten gehen, ein Großteil ihres Einkommens
634 abgezogen und auf die Leistungen ihrer Familien angerechnet.

635 Üben die Jugendlichen monatlich einen Minijob mit 450€ Maximalverdienst aus, wird ihnen
636 ein Freibetrag von 100€ gewährt, der bei der Berechnung des ALG-II-Satzes nicht
637 berücksichtigt wird. Von den Einkünften, die über den Freibetrag von 100€ hinausgehen,
638 dürfen die Jugendlichen 20% anrechnungsfrei behalten. Die weiteren 80% des Lohns
639 werden mit dem Arbeitslosengeld II, das der Bedarfsgemeinschaft zusteht, verrechnet. Von
640 einem 450-Euro-Job bleiben somit etwa 170€ über.

641 Wenn Schülerinnen und Schüler, die keinen Anspruch auf Ausbildungsvergütung haben,
642 einen Ferienjob ausüben, stehen ihnen jährlich 2400€ aus diesen Erwerbstätigkeiten
643 anrechnungsfrei zu. Bei Einnahmen, die über die Einkommensfreigrenze von 2400€
644 hinausgehen, finden Kürzungen nach dem oben erläuterten Verfahren Anwendung. Liegt
645 der weitere Verdienst von Schüler*innen monatlich über dem Freibetrag von 100€, aber
646 unter 1000€, dürfen sie sich 20% davon anrechnungsfrei hinzuverdienen, 80% werden dem
647 ALG-II-Bezug angerechnet. Für Einkommen zwischen 1000€ und 1200€ ist ein Betrag von
648 10% abzusetzen, 90% des Lohns werden abgezogen und mit den Leistungen verrechnet.

649 Stellt eine Bedarfsgemeinschaft einen Antrag auf Arbeitslosengeld II, wird außerdem das
650 Vermögen aller dort lebenden Personen geprüft. Der Grundfreibetrag für das Vermögen,
651 welches nicht verwertet und zur Sicherung des Lebensunterhalts eingesetzt werden muss,
652 liegt für leistungsberechtigte minderjährige Kinder und Jugendliche bei 3100€.

653 Solange Kinder und Jugendliche also selbst kein ausreichendes Einkommen oder
654 Vermögen haben, unter 25 Jahre alt und unverheiratet sind und im Haushalt der Eltern
655 leben, sind sie Teil einer Bedarfsgemeinschaft, in der alle leistungsberechtigt sind. Daher
656 werden ebenso ihre Einnahmen und Vermögen bei der Ermittlung der Höhe des Sozialgelds
657 berücksichtigt. Der Anspruch an die Mitglieder einer Bedarfsgemeinschaft lautet, dass sie
658 finanziell füreinander einstehen – egal, ob Kind oder Elternteil.

659 Diese Regelungen betreffen in Deutschland aktuell etwa eine Million minderjährige Kinder
660 und Jugendliche. Die Maxime „Kinder haften nicht für ihre Eltern“ gilt nur, solange diese kein
661 Arbeitslosengeld II beziehen – denn dann wirtschaften die Kinder mit. Ihre Leistung wird
662 sanktioniert. Das ist schlicht und ergreifend sozial ungerecht.

663 **Fehlende Chancen zu sozialer und kultureller Partizipation**

664 In Familien, die Arbeitslosengeld II beziehen, ist es häufig ein Problem, dass Kinder
665 finanziell benachteiligt sind - auch ohne dass sie selbst sanktioniert zu werden. Wenn den
666 Schüler*innen nun aufgrund der beschriebenen Regelungen darüber hinaus ein Großteil
667 ihres verdienten Geldes abgezogen wird, wird ihnen der Zugang zu sozialer und kultureller
668 Teilhabe noch weiter erschwert.

669 Von dem Einkommen, das nach den Abzügen bleibt, bezahlen die Kinder und Jugendlichen
670 häufig Dinge, die einige ihrer Mitschüler*innen ohnedies häufig von ihren Eltern bekommen,
671 wie Kleidung oder Schulbedarf. Für Freizeitaktivitäten von dem Spielen eines Instruments
672 über Kino- und Schwimmbadbesuche bis hin zu Konzerten und Urlauben bleibt nicht mehr
673 viel Geld übrig. Das Existenzminimum wird zu häufig auf das rein physische reduziert.
674 Jedoch ist auch aktive Teilnahme am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben,
675 kurz: die soziokulturelle Existenz, essenzieller Bestandteil der Menschenwürde. So urteilte
676 zumindest das Bundesverfassungsgericht, doch durch die erläuterten Vorkehrungen der
677 ALG-II-Verordnung werden besonders für Kinder und Jugendliche die
678 Partizipationsmöglichkeiten stark eingeschränkt. Hierbei sind besonders die Kommunen in
679 der Verantwortung, attraktive und für alle zugängliche Angebote zu schaffen, die diese
680 Teilhabe, unabhängig vom elterlichen Budget, ermöglichen.

681 Doch auch engagierte Kommunen können hier nur begrenzt helfen, da der Ursprung des
682 Problems auf höheren Ebenen liegt. Die staatlichen Vorschriften haben zur Konsequenz,
683 dass viele Jugendliche, deren Eltern Arbeitslosengeld II beziehen, sich gegen einen Neben-
684 oder Ferienjob entscheiden oder sich dazu entschließen, sich schwarz Geld dazu zu
685 verdienen. Folglich resultieren die ALG-II-Verordnungen häufig darin, dass Armut sich
686 reproduziert und an die Kinder weitervererbt wird.

687 **“1 mal Bildungsgerechtigkeit? Das macht dann 54 cent.”**

688 Eine gute, gerechte Bildung soll allen Menschen gleichermaßen Sicherheit und sozialen
689 Aufstieg ermöglichen. So einfach lässt sich das Bildungsversprechen umreißen, doch aus
690 diesem Credo ergibt sich im Umkehrschluss, dass bestehende Bildungsungerechtigkeiten
691 soziale Ungleichheiten aktiv stärken und die gesellschaftlichen Grenzen verhärten. Nun ist

692 die Bildungsgerechtigkeit in Deutschland allerdings kaum mehr als ein leeres Versprechen.
693 Während im Vergleich der OECD Länder immerhin 21% der Erwachsenen, deren Eltern
694 keinen dem Abitur entsprechenden Abschluss haben, einen akademischen Grad erreichen,
695 sind es hier knappe 15%. Gleichzeitig erhalten im OECD Schnitt 41% ein höheres
696 Bildungsniveau als noch ihre Eltern, deutlich mehr als die unter 25% in Deutschland.

697 Die Gründe dafür sind vielseitig und einige liegen in der Struktur des Bildungssystems, so
698 das mehrgliedrige Schulsystem als solches, um nur ein Beispiel zu nennen. Doch ein
699 wesentlicher Aspekt ist, dass wir weit von kostenloser Bildung entfernt sind. Im Durchschnitt
700 kostet die Bildung eines Kindes von der Einschulung bis zum Abitur 20.700€, also etwa
701 144€ pro Monat; im Jahr 2019 lag der Regelbedarf, aus dem sich der Hartz IV-Satz
702 zusammensetzt, für die Bildung von 6-13 Jährigen bei 54 cent. Für weitere Unterstützungen
703 sind gesonderte Anträge oder die Hilfe privater Fördervereine nötig - Maßnahmen, die
704 wegen eines erhöhten Bürokratieaufwands oder Scham, sich in eine bittstellende Position
705 zu begeben, oft nicht wahr- oder angenommen werden.

706 Doch auch, um nicht zu sagen besonders, in der nachschulischen Bildung spielt elterliche
707 Unterstützung eine maßgebliche Rolle. Nicht bedarfsgerechtes BAföG und die fehlende
708 Förderung oft prekär beschäftigter Auszubildender sind bloß zwei Beispiele, die auch von
709 uns Jusos bereits ausführlich behandelt wurden. Die Maßnahmen nichtstaatlicher
710 Akteur*innen, wie beispielsweise Stiftungen, können derartigen Missständen oft nicht
711 fehlerfrei und vollständig entgegenwirken. So liegt die Quote geförderter Studierender aus
712 Familien ohne akademischen Hintergrund allein in der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der
713 Hans-Böckler-Stiftung merklich über dem universitären Schnitt. In der FES sind die Anteile
714 etwa deckungsgleich und alle anderen Stiftungen fördern unterproportional wenig
715 Erstakademiker*innen. Warum gerade Stiftungen die soziale Ungleichheit unter ihren
716 Geförderten verstärken, erklärt Gunna Hinck in einer Reportage für die taz wie folgt: "Die
717 Stiftungen wenden drei Kriterien an: Begabung, Persönlichkeit und gesellschaftliches
718 Engagement. In alle drei Kriterien speist sich aber indirekt die soziale Herkunft ein. Einen
719 Abi-Schnitt von 1,9 eines Arbeiterkinds [...] hat eine andere Geschichte als der gleiche
720 Notenschnitt eines Lehrerkinds – wahrscheinlich steckt hinter der Note des Arbeiterkinds
721 mehr Anstrengung. Auch dürfte ein Akademikerkind mehr Erfahrung darin haben, zu
722 argumentieren und sich zu präsentieren." Dennoch finden wir, dass die parteinahen
723 Stiftungen und insbesondere die Friedrich-Ebert-Stiftung unter den aktuellen Umständen
724 eine gute und sinnvolle Arbeit leisten.

725 Während der Bildungserfolg also maßgeblich vom Elternhaus abhängt, besteht zudem eine
726 starke Korrelation zwischen dem Bildungsabschluss und der beruflichen Sicherheit. Deutlich
727 mehr als 60% der ALG-II-Berechtigten verfügen über keine Berufsausbildung, mehr als 30%
728 haben eine abgeschlossene Ausbildung und der Rest entfällt auf Akademiker*innen, deren
729 Einkommen wiederum im Grundsatz mit der Höhe des akademischen Grades ansteigt.

730 Wir sehen also, dass ein steigender Bildungsgrad tendenziell berufliche und finanzielle
731 Sicherheit bietet. Gleichzeitig werden jedoch Menschen, die in finanziell benachteiligten

732 Haushalten aufwachsen, strukturell vom Erwerb eines höheren Bildungsabschlusses
733 ausgeschlossen. Oder kurz: Armut ist eine soziale Aufstiegsbremse.

734 **Fazit**

735 Wie der Antrag zeigt, werden Kinder und Jugendliche, die in einem ALG II beziehenden
736 Haushalt leben, durch unser System konsequent bestraft und diskriminiert. Nach der aktuell
737 bestehenden ALG-II-Verordnung müssen sie mit ihrem eigenen Einkommen und Vermögen
738 für den Lebensunterhalt ihrer Bedarfsgemeinschaft aufkommen, wodurch soziale
739 Ungleichheit und Bildungsungerechtigkeit weiter ausgedehnt werden. Wir brauchen einen
740 Systemwechsel und treten für eine umfassende Sozialstaatsreform hin zu einer
741 solidarischen Sozialpolitik, die Armut bekämpft statt verstärkt, ein. Unser Ziel ist eine
742 sozialdemokratische Grundsicherung, die Kinder und Jugendliche aus dem
743 armutsfördernden Hartz-IV-System befreit. Um mehr Gerechtigkeit für die, die am wenigsten
744 für ihre Situation können, zu erreichen, fordern wir:

- 745 • die vollständige Abschaffung der Sanktionierung des Einkommens und Vermögens
746 Minderjähriger aus ALG-II beziehenden Haushalten, durch die Ausgliederung von
747 Minderjährigen aus ALG-II.
- 748 • die deutliche Erhöhung des Regelbedarfs, insbesondere für die Bildung von
749 Minderjährigen innerhalb einer neu geschaffenen Kindergrundsicherung
- 750 • Maßnahmen zur Förderung von Arbeiter*innenkindern durch Stiftungen
- 751 • mehr kostenfreie oder -günstige Kultur- und Freizeitangebote für Kinder und
752 Jugendliche
- 753 • Die Überwindung von Hartz IV und eine umfassende Neugestaltung der
754 Grundsicherung.

A3 Für eine lebensrettende Infrastruktur in Deutschland

755 Welche Sofortmaßnahmen helfen bei Verbrennungen? Wie überprüfe ich die
756 Vitalfunktionen, wie Bewusstsein, Atmung, Kreislauf? Was ist ein AED? Wie nehme ich
757 überhaupt Kontakt zum Rettungsdienst auf? Hierbei handelt es sich um Fragen, die in einem
758 Erste-Hilfe-Kurs besprochen werden und wo man konkrete Hinweise an die Hand
759 bekommen würde. In Deutschland ist ein verpflichtender Erste-Hilfe-Kurs nach wie vor an
760 den Erwerb des Führerscheins gekoppelt. Hierbei handelt es sich jedoch um ein veraltetes
761 Modell. Nicht jede*r macht noch einen Führerschein und auch ist fraglich, warum der Erste-
762 Hilfe-Kurs, wenn man ihn schon an den Führerschein koppelt, nicht in regelmäßigen
763 Zeitabständen aufgefrischt werden muss. Die Bilanz zeigt, dass jede achte Person in
764 Deutschland noch nie einen Erste-Hilfe-Kurs absolviert hat und bei den anderen liegt er
765 meist viele Jahre zurück. Auch haben wenige Menschen Kenntnis über Erste-Hilfe-Apps
766 oder öffentliche Hilfsmittel wie einen Defibrillator. Es ist daher nicht verwunderlich, dass
767 viele aus Angst und Unwissenheit etwas falsch zu machen in notwendigen Situationen nicht
768 handeln. Doch feststeht: Das Einzige, was man falsch machen kann, ist nichts zu tun. Laut
769 der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung könnten in Deutschland durch sofortige
770 Hilfen von Laien jährlich bis zu 10.000 Menschenleben mehr gerettet werden.

771

Sensibilisierung der Gesellschaft

773 Bloß jede*r fünfte Deutsche traut sich die Ausübung von lebensrettenden Maßnahmen
774 (Stoppen von starken Blutungen, bei Atemstillstand beatmen, Herzdruckmassage, etc.) zu.
775 Die Reanimationsquote liegt hierzulande nur bei 40 Prozent, während der europäische
776 Durchschnitt bei 52 Prozent liegt und in den skandinavischen Ländern sind es sogar 60 bis
777 80 Prozent. Expert*innen halten die Differenz für so groß, weil dort ein besseres
778 Problembewusstsein herrsche und auch bereits in Schulen das Thema Erste-Hilfe
779 behandelt wird. Überall kann etwas passieren: beim Sport, in der Kneipe, beim Reisen, im
780 Haushalt, auf der Arbeit oder im Verkehr. Durch das Gesetz sind wir verpflichtet zu helfen,
781 sonst drohen Strafen, aber haben wir verlernt Hilfe zu leisten?

782

783 2016 war der Fall einer Bankfiliale in Essen in vielen Medien zu sehen und hat eine
784 Diskussion rund um das Thema Erste-Hilfe ausgelöst. Ein sterbender Mann war im Vorraum
785 der Bank von weiteren Kund*innen ignoriert worden. Keine*r wollte helfen. Der Mann starb
786 eine Woche später an den Folgen seines Zusammenbruchs und die Augenzeug*innen
787 mussten eine Geldstrafe zahlen. Alle gaben an, dass sie dachten, es handele sich um einen
788 schlafenden Obdachlosen. Doch obdachlos oder nicht, warum sind viele in der Gesellschaft
789 nicht bereit zu helfen oder trauen sich noch nicht mal auf dem Boden liegende Menschen
790 zu fragen, ob alles in Ordnung ist. Auch zahlreiche Autounfälle werden von Menschen in
791 vorbeifahrenden Autos zwar gerne bestaunt, geholfen oder zumindest der Notruf gewählt,
792 wird nur selten. „Das macht schon wer anders.“

793

794 In vielen Fällen kommen Menschen erst auf die Idee ihre Erste-Hilfe-Kenntnisse
795 aufzufrischen, wenn sie selbst in eine unvorhergesehene Situation gekommen sind oder
796 selbst Hilfe in Anspruch nehmen mussten. So gab es laut des Deutschen Roten Kreuzes
797 eine hohe Nachfrage an Erste-Hilfe-Kursen nach der „Loveparade-Katastrophe“ in
798 Duisburg. Doch warum gehört es in unserer Gesellschaft nicht völlig selbstverständlich
799 dazu, dass beispielsweise alle fünf Jahre ein Erste-Hilfe-Kurs besucht wird.

800
801 Außerdem sollte es in den Schulen selbstverständlich zu den Lehrinhalten gehören. Etwa
802 im Rahmen einer Projektwoche o.Ä. Denn je früher Menschen selbstverständlich mit dem
803 Begriff Helfen konfrontiert werden, desto größer ist auch die Bereitschaft im Ernstfall wirklich
804 Hilfe zu leisten. Auch wird das Gelernte zu Hause den Eltern oder Geschwistern gezeigt,
805 wodurch das Thema insgesamt an Präsenz in deutschen Haushalten gewinnt. Außerdem
806 besteht auch ein Eigeninteresse der Schulen an einem ganzheitlichen Erste-Hilfe-Konzept
807 für Schulen, denn im Zuge des Ganztags spielt sich auch immer mehr Leben am Lernort
808 Schule ab. Die Anzahl an Schulunfällen ist in den letzten Jahren immer weiter gestiegen,
809 während jedoch bei Betrieben eine Ersthelfer*innen-Quote gesetzlich festgelegt ist und
810 andere Auflagen für den Notfall erfüllt werden müssen, gibt es für Schulen keine
811 einheitlichen Regelungen. Es reicht also nicht, wenn nur Sportlehrer*innen über ein
812 Zertifikat verfügen.

813 Auch kommt der Rettungsdienst in Deutschland oft an seine Grenzen. Die Einsatzzahlen
814 nehmen, bei gleichzeitig steigendem Personalmangel, zu. Das System Notfallversorgung
815 krankt an vielen Stellen und in vielen Orten. Es wird daher immer wichtiger, dass wir als
816 Laien in der Lage sind Wartezeiten zu überbrücken und uns gegenseitig zu helfen. Zehn
817 Minuten können wertvolle Zeit für einen verletzten Menschen sein. Durch die stetige Übung
818 in Kursen werden gewisse Abläufe, Techniken oder Handgriffe erlernt und die
819 Teilnehmer*innen werden sich so auch ruhiger und überlegter in Extremsituationen
820 verhalten können. Dabei geht es zu keinem Zeitpunkt etwa darum die Arbeit der
821 Sanitäter*innen oder eine*r Notärzt*in zu übernehmen. Aber es fängt bereits beim richtigen
822 Sichern einer Unfallstelle an. Durch Rollenspiele kann das Telefongespräch mit der
823 Notzentrale erprobt werden. Was für Informationen sind relevant und gebe ich weiter?
824 Welche Körpersignale deuten auf welches Krankheitsbild hin. Es geht darum, Menschen zu
825 ermutigen im Ernstfall zu*r Lebensretter*in zu werden und Ängste und Hemmschwellen
826 abzubauen.

827

828 **Digitalisierung auch in der Ersten Hilfe!**

829 Viele Orte verfügen bereits über die sogenannten Automatisierten Externen Defibrillatoren
830 (AEDs). Es handelt sich dabei um ein hoch technisch entwickeltes Gerät, das den
831 Herzrhythmus selbstständig analysiert und entscheidet, ob ein Impuls notwendig ist. Nur
832 wenn erforderlich, wird diese Funktion des Gerätes freigegeben und die Anwender*innen
833 mittels Sprachanweisung aufgefordert, den Impuls per Knopfdruck auszulösen. Eine
834 wichtige Errungenschaft in der Ersten-Hilfe, denn der plötzliche Herztod, ausgelöst durch
835 Kammerflimmern, ist außerhalb von Krankenhäusern die häufigste Todesursache. Meist
836 ohne vorherige Anzeigen versterben jährlich über 100.000 Menschen am plötzlichen

837 Herzstillstand. Die Erste-Hilfe in den ersten Minuten, vor allem mit Hilfe des Laien-
838 Defibrillators, hat eine enorme Relevanz, denn das Gehirn beginnt bei einem Herz-Kreislauf-
839 Stillstand bereits nach nur drei bis fünf Minuten ohne Blutfluss unwiederbringlich zu sterben.
840 Das Warten von bis zu 15 Minuten auf den Krankenwagen muss überbrückt werden. Der
841 Schockgeber kann hier die übliche Reanimation unterstützen. Durch ein leicht
842 verständliches Display und akustische Aussagen werden Anweisungen zur Reanimierung
843 gegeben. Das Gerät ist extra für Laien konzipiert! Dennoch trauen sich laut Umfragen nur
844 50% die Verwendung zu. Hier muss, wie bereits angesprochen, die Teilnahmefrequenz an
845 den Erste-Hilfe-Kursen steigen und auch ist es besonders wichtig, dass die AEDs
846 verpflichtend an möglichst vielen Orten (vor allem an Risikoorten wie Fitnessstudios,
847 Bahnhöfen, etc.) zur Verfügung stehen. Auch ist vielen nicht bewusst, dass sie ihr
848 Smartphone mit Erste-Hilfe-Apps ausstatten und so in Notfallsituationen benutzen können.
849 Diese sind von den bekannten Rettungsdiensten entwickelt worden, und erklären mit Hilfe
850 von Bildern und sprachlichen Anweisungen, welche Handlungen Schritt für Schritt nötig
851 sind. Bei vielen Anwendungen ist auch ein Notruf-Assistent integriert oder spezielle
852 Notrufnummern wie die Giftnotrufzentrale o.Ä.
853 Längst haben, bis auf einige Ausnahmesituationen, die Smartphones die Notrufsäulen
854 abgelöst. Jedoch nicht, wenn man sich die speziell entwickelte Notrufsäule vom US-
855 Konzern Google anschaut. Diese hat die Möglichkeit eine Drohne zur medizinischen
856 Versorgung anzufordern. So haben Menschen die Möglichkeit diese Drohne mit
857 Defibrillatoren, Pulsoximetern, Inhalatoren und Medikamente wie Adrenalin oder Insulin zu
858 erhalten. Die Drohne soll direkt zum Unfallort fliegen und medizinische Unterstützung
859 liefern, bevor Rettungssanitäter*innen vor Ort sind. Auch soll über die Notrufsäule der
860 direkte Austausch mit eine*r Rettungsassistent*in möglich sein. So wird lebenswichtige Zeit
861 gewonnen wie in Fällen eines anaphylaktischen Schocks.
862

863 **Zusammenfassung**

864 Wie der Antrag gezeigt hat, kann jede*r den Ausgang eines Notfalls beeinflussen und zum
865 Überleben des Opfers beitragen. Dabei gibt es vielfältige Möglichkeiten bei der Ersten-
866 Hilfe und auch neue Technologien können uns dabei unterstützen.
867

868 Deshalb fordern wir:

- 869 • Die fachlich fundierte Thematisierung von Erste-Hilfe an KiTa's und Schulen.
- 870 • Öffentliche Kampagnen zur Sensibilisierung der Gesellschaft zu helfen und die
871 Relevanz von Erste-Hilfe Kenntnissen ins Bewusstsein der Bevölkerung rücken.¹
- 872 • Zum Erhalt des Führerscheins muss der Erste-Hilfe-Kurs alle fünf Jahre wiederholt
873 werden.
- 874 • Flächendeckender Zugang zu Automatischen Externen Defibrillatoren (AED).
875 Besonders an öffentlichen Orten mit großer Menschenansammlung (Bahnhöfen,

¹ Ähnlich wie bei der Kampagne zur Bildung einer Rettungsgasse auf Autobahnen.

- 876 Flughäfen, etc.) oder an Orten mit besonders hohem Risikofaktor (Fitnessstudios,
877 Sporthallen, etc.).
- 878 • Defibrillations- und Insulindrohnen im ländlichen Raum einführen.
 - 879 • Europäische Standards für Erste-Hilfe.
 - 880 • Erste-Hilfe-Fortbildungspflicht für Erzieher*innen, Lehrer*innen und Trainer*innen.
 - 881 • Forschungsgelder für den Ausbau digitaler Hilfen in der Ersten-Hilfe (Drohnen, AED,
882 etc.)
- 883

A4 Für Vielfalt in unseren Strukturen

884 Unsere Gesellschaft ist sehr vielfältig und besteht aus Menschen mit den
885 unterschiedlichsten Lebensgeschichten und Perspektiven. Diese Feststellung ist seit jeher
886 eine Tatsache und für sich genommen keine besondere Erkenntnis. Dennoch ist sie
887 politisch hochrelevant: Wenn wir einen genaueren Blick auf sämtliche Positionen mit Macht
888 in Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Medien, Kultur, Wissenschaft, Bildung,
889 Gesundheitsversorgung und Sicherheitsorgane werfen – kurzum, in allen gesellschaftlichen
890 Bereichen auf allen Ebenen – dann werden wir entdecken, wie erstaunlich wenig Macht
891 große Teile der Bevölkerung unseres Landes haben. Sehr viele Menschen sind dort einfach
892 nicht repräsentiert, ihre Perspektiven und Stimmen werden daher wenig oder gar nicht
893 berücksichtigt. Diese mangelhafte Repräsentanz ist Teil von weitreichenden strukturellen
894 und alltäglichen Benachteiligungen, mit denen viele Menschen in unserer Gesellschaft in
895 ihrem Leben konfrontiert sind und die eine massive Ungleichverteilung von Ressourcen und
896 Lebenschancen mit sich bringen. Wir Jusos, und auch die SPD, haben den Anspruch, uns
897 für die Arbeiter*innenklasse und die Benachteiligten in unserer Gesellschaft einzusetzen.
898 Allerdings müssen wir feststellen, dass ihre Perspektiven und Stimmen auch in unserem
899 Verband und in unserer Partei unterrepräsentiert sind, in Münster, in NRW, in Deutschland
900 und auch in Europa. Dieser Antrag hat das Ziel, uns als Jusos Münster verschiedene
901 Benachteiligungsformen ins Bewusstsein zu rufen und uns selbst dazu zu verpflichten, für
902 Vielfalt in unseren eigenen Strukturen zu kämpfen. Mit einem Verband und einer Partei, die
903 unsere Gesellschaft besser abbildet – insbesondere diejenigen, für die wir uns einsetzen
904 wollen – können wir mit mehr Legitimität und auch mehr Kraft für eine freiere, gerechtere
905 und solidarischere Welt kämpfen.

906
907 Vielfalt in den eigenen Strukturen bedeutet für uns konkret: Unser Verband und unsere
908 Partei sollen inklusiver und repräsentativer in Bezug auf weniger privilegierte Menschen
909 sein, die in unserer Gesellschaft von verschiedenen Benachteiligungsformen betroffen sind:
910 Menschen, die aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung benachteiligt
911 werden, wie z.B. Frauen und LGBTQI; Menschen, die aufgrund von Rassismus und
912 Antisemitismus benachteiligt werden, wie z.B. Schwarze, Jüd*innen, Muslim*innen und viele
913 andere People of Color mit oder ohne Migrationsgeschichte; Menschen, die aufgrund ihres
914 Alters, einer Behinderung oder einer chronischen Krankheit benachteiligt werden;
915 Menschen, die aufgrund ihres sozialen Status oder ihrer sozialen Herkunft benachteiligt
916 werden, wie z.B. Menschen mit geringem Einkommen, Prekär-Beschäftigte, oder Nicht-
917 Akademiker*innen; aber auch Einwohner*innen ohne deutsche Staatsbürgerschaft,
918 Geflüchtete und andere Menschen, die aufgrund bestimmter Faktoren zusätzlich
919 benachteiligt werden. Wichtig hierbei ist: Beim Einsatz für Vielfalt muss unser Leitmotiv sein,
920 die verschiedenen genannten Benachteiligungsformen zusammenzudenken und einen
921 ganzheitlichen Ansatz anzustreben. Um dies zu tun, müssen uns drei zentrale Punkte
922 bewusst sein:

923

- 924 1. Benachteiligungsformen können – auch innerhalb einer Kategorie – sehr unterschiedlich
925 sein, aber gleichzeitig doch viele Gemeinsamkeiten aufweisen
- 926 2. Verschiedene Benachteiligungsformen gehen oftmals miteinander einher und
927 verstärken sich gegenseitig, wie z.B. im Fall von Arbeiterinnen of Color oder Menschen
928 mit Behinderung und geringem Einkommen.
- 929 3. Benachteiligungsformen finden immer auf unterschiedlichen Ebenen statt: Individuell mit
930 direkten Diskriminierungserfahrungen im Alltag, strukturell in der Gesamtgesellschaft,
931 institutionell, international, usw. Die Ungleichverteilung von Ressourcen,
932 Lebenschancen und Macht zuungunsten der weniger Privilegierten ist dabei auf allen
933 Ebenen ein zentraler Faktor.

934

935 Mit Blick auf unsere Juso- und SPD-Strukturen – in Münster und darüber hinaus – müssen
936 wir feststellen, dass alle weniger privilegierten Menschen unterrepräsentiert sind, sowohl in
937 der Basismitgliedschaft als auch in gewählten Ämtern. Die Stadtgesellschaft Münsters, die
938 bunter ist als es ihr Ruf vermuten lässt, bilden wir damit nicht ab. Außerdem ist dies nur
939 unzureichend mit unserem Anspruch vereinbar, uns für Arbeiter*innen, weniger privilegierte
940 Menschen und die strukturell Benachteiligten in der Gesellschaft einzusetzen und
941 solidarisch mit ihnen zu sein. Denn ihre Stimmen sind somit bei uns nicht ausreichend
942 hörbar. Breitere strukturelle Hürden in der Gesamtgesellschaft, die es benachteiligten
943 Menschen allgemein schwerer machen, sich politisch zu engagieren, sind sicherlich eine
944 wichtige Ursache für die Unterrepräsentation. Nichtsdestotrotz müssen wir uns
945 insbesondere auch über verbands- und parteiinterne Faktoren Gedanken machen. Mit
946 diesem Antrag wollen wir uns daher den Anstoß geben zu einer individuellen und
947 institutionellen Selbstreflexion über die verschiedenen Benachteiligungsformen, aber auf
948 der anderen Seite auch über Privilegien. Denn wir wollen uns für mehr Vielfalt bei den Jusos
949 und in der SPD einsetzen, in Münster, in NRW, in Deutschland und in Europa. Langfristig
950 müssen die Stimmen weniger privilegierter Menschen in unserem Verband und unserer
951 Partei laut und machtvoll zu hören sein. Mit einer stärkeren Verankerung in der breiten
952 Vielfalt der Gesellschaft – insbesondere bei den Menschen, für die wir uns einsetzen –
953 können wir mit mehr Legitimität und Kraft für unsere Überzeugungen kämpfen.

954

955 Wir Jusos Münster verpflichten uns deshalb dazu, uns auf allen Ebenen der Jusos, der SPD
956 und der Gesamtgesellschaft für mehr Vielfalt einzusetzen. Konkret verpflichten wir uns
957 daher zu folgenden Handlungsprinzipien:

- 958 • Wir setzen uns für Politiken ein, die die unterschiedlichen Interessen benachteiligter und
959 weniger privilegierter Menschen im Blick haben. Wir kämpfen für ihre Würde, für ihre
960 wirtschaftliche, soziale und politische Teilhabe, und lassen sie nicht zurück. Schon seit
961 jeher muss das für uns Jusos und unsere SPD eine Selbstverständlichkeit sein.
- 962 • In unseren eigenen Strukturen setzen wir uns für eine höhere Inklusion und
963 Repräsentation benachteiligter und weniger privilegierter Menschen ein. Wir wissen,
964 dass dies zwangsläufig die Notwendigkeit mit sich bringt, mehr Macht an sie abzugeben.

- 965 • Wir erkennen an, dass die Förderung von Vielfalt eine gemeinsame Aufgabe ist, für die
966 **jede*r** die Verantwortung trägt. Sie kann nicht einfach ausschließlich an Betroffene
967 abgegeben werden.
- 968 • Wir ermutigen alle Genoss*innen in Münster und darüber hinaus, sich selbstkritisch mit
969 dem Thema Vielfalt, Benachteiligungen und Privilegien auseinanderzusetzen, und sich
970 in der Konsequenz für mehr Vielfalt einzusetzen.
- 971 • Wir verpflichten uns zum Empowerment von Juso/SPD-Mitgliedern, die auf
972 unterschiedliche Weise benachteiligt und daher weniger privilegiert sind:
- 973 ○ Wir empowern unsere Genoss*innen individuell.
 - 974 ○ Wir unterstützen Vernetzungen innerhalb der Jusos und der SPD und
975 gesamtgesellschaftlich.
 - 976 ○ Wir unterstützen spezifische, auf die jeweiligen Bedürfnisse ausgerichtete
977 Empowerment-Programme bei den Jusos, der SPD und in der Gesellschaft.
 - 978 ○ Wir sind offen gegenüber anderen, weitergehenden Maßnahmen zum
979 Empowerment.
- 980

A5 Die Straßen denen, die darauf laufen! - Sicherheit für Frauen* im öffentlichen Raum

981 Sexuelle Belästigung stellt im Patriarchat und damit auch in unserer Gesellschaft ein großes
982 Problem dar. Als feministischer Richtungsverband ist uns klar, dass zur Befreiung und
983 Gleichstellung aller Geschlechter auch ein angst- und gewaltfreies Leben gehört. Sexuelle
984 Belästigung erzeugt Angst und ist eine Form von Gewalt. Darum muss sexuelle Belästigung
985 radikal in all ihren Formen bekämpft werden.

986 Frauen* sind Menschen, keine Katzen!

987 Während körperliche Formen der sexuellen Belästigung bereits strafbar sind, stellt die
988 verbale sexuelle Belästigung weiterhin keinen Startatbestand dar. Das ist ein Problem,
989 denn Belästigung, besonders wenn diese im öffentlichen Raum passiert, findet oft verbal
990 statt. Ein besonders großes Problem ist hierbei das sogenannte "Catcalling". Catcalling ist
991 "[...]eine Art der Belästigung durch Fremde im öffentlichen Raum in Form von
992 unerwünschten Äußerungen gegenüber Personen, die als Objekt der Begierde
993 wahrgenommen und auserkoren werden. Oft begleitet von provokativen Gesten, Hupen,
994 Pfiffen, unsittlichen Entblößungen, Stalking, hartnäckigen sexuellen
995 Annäherungsversuchen und Berührungen." ² Von Catcalling sind alle Geschlechter
996 betroffen, besonders oft trifft es allerdings weiblich gelesene Personen. In letzter Zeit hat
997 das Thema Catcalling an Aufmerksamkeit gewonnen durch die Arbeit von Aktivist*innen,
998 die anonym eingesendete Catcalls in zahlreichen Städten mit Kreide auf die Straßen und
999 Gehwege schreiben und zwar am Tatort. Meist werden die Bilder davon auch auf sozialen
1000 Netzwerken, besonders auf Instagram, hochgeladen. Auch für Münster gibt es eine
1001 entsprechende Seite (@Catcallsofmuenster). Diese wichtige Arbeit der Aktivist*innen
1002 bewirkt, dass Menschen überhaupt auf das Thema aufmerksam gemacht werden und Opfer
1003 in sicherer Atmosphäre über ihre Erlebnisse berichten können. Als Jusos Münster
1004 befürworten wir diese Form der politischen Arbeit und solidarisieren uns mit allen Opfern
1005 und Betroffenen!

1006 Das grundlegende Problem hierbei ist, dass besonders Frauen* immer noch als Objekt
1007 betrachtet werden und einer immensen Sexualisierung ausgesetzt sind. Sexuelle
1008 Belästigung geschieht unabhängig von der Kleidung, dem Gang, dem Auftreten, der
1009 Stimme, dem Aussehen oder sonstigen Attributen. Patriarchale Denkmuster führen dazu,
1010 dass Frauen* nicht als Menschen gesehen werden, sondern als Objekte, die belästigt
1011 werden könnten. Darum ist für uns klar: das Patriarchat muss zerschlagen werden!

1012 Oft sind Frauen* auch Opfer von körperlichen Übergriffen und Überfällen im öffentlichen
1013 Raum. Die Angst davor wird durch Catcalls oftmals bestärkt. Aber auch so führen Catcalls
1014 und die allgegenwärtige Bedrohung von Übergriffen und Belästigung zu Angst und somit
1015 auch zu Einschränkungen, wie z.B. im Dunkeln nicht alleine rauszugehen und psychischen

² <https://de.wikipedia.org/wiki/Catcalling>

1016 Problemen. Um dieser Angst entgegenzuwirken, muss den Ursachen der Angst
1017 entschieden entgegengewirkt werden.

1018 **Ein Lichtblick für die Sicherheit**

1019 Ein wesentlicher Punkt in der Bekämpfung der Angst und auch in der Herstellung von
1020 Sicherheit ist die Ausleuchtung von Angstzonen. Angstzonen sind in diesem Kontext Orte,
1021 an denen wenig Menschen sind und die meistens schlecht bis gar nicht beleuchtet sind.
1022 Also Orte an denen das Risiko Opfer eines Übergriffs zu werden höher ist und somit auch
1023 mehr Angst erzeugen. Gerade nachts gibt es deshalb viele Orte, die von Frauen* möglichst
1024 gemieden werden. Da dieser Zustand nicht hinnehmbar ist, dass Frauen* Umwege auf sich
1025 nehmen, weil sie Angst haben, oder nicht angstfrei unterwegs sein können, müssen
1026 Angstzonen ausgeleuchtet sein. Wir fordern daher, dass alle dunklen Straßen, Gassen,
1027 Radwege, Durchgänge und Unterführungen in der Innenstadt ausgeleuchtet werden.
1028 Genauso müssen alle Bushaltestellen und Bahnhöfe voll ausgeleuchtet sein. Auch in den
1029 anderen Stadtteilen müssen Hauptverkehrswege, sowie Verbindungen dieser,
1030 ausgeleuchtet werden. Dazu müssen Wege zu den Stadtteilen und Orte an denen sich
1031 Menschen gerne zum feiern treffen (z.B. Altstadt) auch gut ausgeleuchtet sein. Essentiell
1032 ist für die Verbesserung der Situation auch der Ausbau des nächtlichen ÖPNV. Diesen
1033 fordern wir aus diesen und anderen sinnvollen Gründen schon in unseren Beschlusslagen,
1034 möchten hierbei noch einmal die Wichtigkeit dieses Anliegens betonen. Außerdem möchten
1035 wir unsere Forderung nach dem Jugendtaxi-Gutschein noch einmal unterstreichen.
1036 Zusätzlich fordern wir aber auch die Förderung von Initiativen und Anlaufstellen wie den
1037 Frauennotruf oder Heimwegtelefone.

1038 Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass wir die Stadtwerke dazu auffordern ein
1039 Sicherheitskonzept zu erarbeiten. Es gibt schon weltweit Städte, in denen es solche
1040 Sicherheitskonzepte gibt. Ein Beispiel ist der kanadische Stadt Vancouver. Das zuständige
1041 Mobilitätsunternehmen TransLink hat ein Konzept entwickelt, welches einige interessante
1042 Beispiele für Sicherheit enthält. Busfahrer*innen sind 24 Stunden am Tag in Kontakt mit
1043 einer Zentrale, um bei Sicherheitsproblemen Hilfe anzufordern. In den Bahnen gibt es einen
1044 "silent alarm", unauffällige Strippen, an welchen man ziehen kann und bei der nächsten
1045 Station steigt dann ein Person der Security ein. In den Bahnen gibt es außerdem eine
1046 Sprechanlage, wodurch man sofort den direkten Kontakt zu den zuständigen Menschen
1047 herstellen kann. An den Bahnstationen gibt es sogenannte "designated waiting areas".
1048 Diese sind voll ausgeleuchtet, markiert und kameraüberwacht und stellen so eine sicherere
1049 Wartemöglichkeit dar. Uns ist klar, dass die Überwachung im öffentlichen Raum kritisch zu
1050 sehen und immer auch eine Abwägung ist. Daher fordern wir nicht die direkte Übernahme
1051 eines Sicherheitskonzepts, sondern die Debatte und Erarbeitung. Wir fordern, dass sich mit
1052 konkreten Sicherheitsmaßnahmen kritisch auseinandergesetzt wird und die Debatte geführt
1053 wird, wie wir ein sinnvolles Sicherheitskonzept etablieren. Maßnahmen wie ein leiser Alarm
1054 oder gekennzeichnete Wartebereiche erscheinen uns hierbei sinnvoll. Da sowohl private
1055 Sicherheitsfirmen, als auch die Polizei kritisch zu beobachten sind und wir auch hier nicht
1056 zu viel Macht und Überwachung einräumen wollen, fordern wir mindestens gezielte

1057 Schulungen für Sicherheitspersonal und Polizist*innen im sensiblen Umgang mit (nicht
1058 strafbarer) Belästigung im öffentlichen Raum.

1059 **Die Städte denen, die dort leben - Frauen* aktiv bei der Stadtplanung beteiligen!**

1060 Doch für uns ist auch klar, dass hinter jeder verbalen Belästigung patriarchale Strukturen
1061 stehen, welche wir Tag für Tag bekämpfen wollen.

1062 Dunkle Gassen, unausgeleuchtete und verwinkelte Parkhäuser, keine ruhigen Orte zum
1063 Stillen von Kindern: Städte wurden jeher von Männer für Männer konzipiert. Männliche
1064 Konzeptionen von Stadtbildern spielen übergriffigen Männern in die Karten und schüren das
1065 Gefühl der Unsicherheit von Frauen*. Es ist an der Zeit zu realisieren, dass Städte ebenso
1066 von Frauen* genutzt werden und diese auf Grund patriarchaler Strukturen Bedürfnisse
1067 haben, die gerne in der Stadtkonzeption von Männern für Männer nicht beachtet oder
1068 überhaupt bedacht werden. Wir fordern eine Förderung von Konzepten zur feministischen
1069 Stadtplanung, umso Bedürfnisse von Frauen* mitzudenken und weniger Raum für Angst
1070 und Übergriffen zu bieten.

1071 Die Erfahrung von Belästigung, Catcalling und generellem übergriffigen Verhalten, welchem
1072 Frauen* auf der Straße ausgesetzt sind, übt sich in vielerlei Hinsicht auf das Leben der
1073 Frauen* aus. Angst, bestimmte Straßen zu betreten, Angst im Dunkeln noch unterwegs zu
1074 sein, Angst unter der ständigen Beobachtung eines männlich objektivierenden Blickes zu
1075 stehen.

1076 **Das Problem der Reaktion - patriarchale Strukturen in Gesellschaft und Gesetz**

1077 Sprechen Frauen* über ihre Erfahrungen, so hört der patriarchale Blick und Bewertung der
1078 Geschehnisse nicht auf. Viel zu oft werden Übergriffe nicht als solche gesehen, Erfahrungen
1079 abgesprochen und Ängste als lächerlich empfunden. „Stell dich doch nicht so an“, „Du
1080 übertreibst ja mal wieder“ oder gar „sieh es doch als Kompliment“ sind Sätze, die betroffene
1081 Frauen* viel zu oft hören mussten. Sensibilisierung und Aufklärungsarbeit muss stattfinden,
1082 die Erfahrungen vieler Frauen* muss endlich ernst genommen werden und Männer dürfen
1083 nicht länger sowohl die Gewaltausübenden sein, als auch diejenigen die im Nachhinein
1084 bestimmen, was übergriffig war und was nicht. Übergriffiges Verhalten ist ein
1085 gesamtgesellschaftliches Problem. Sensibilisierung muss in sämtlichen gesellschaftlichen
1086 Zusammenkünften stattfinden, auch bei uns Jusos.

1087 Darüber hinaus ist verbale Belästigung nicht strafbar. Frauen* haben somit kein rechtliches
1088 Mittel sich gegen übergriffiges Verhalten zu wehren und das Gesetz suggeriert, übergriffiges
1089 Verhalten ist insoweit in Ordnung, solange es nicht zu physischen Übergriffen kommt. Für
1090 uns ist klar: Es darf nicht sein, dass übergriffiges Verhalten erst physisch geschehen muss,
1091 bis Frauen* die Möglichkeit haben, sich gesetzlich zu wehren. Verbale Belästigung darf nicht
1092 länger geduldet werden und wir unterstützen die aktuellen Bestrebungen, Forderungen
1093 Praxis werden zu lassen und Catcalling endlich strafbar zu machen!

1094 Um Menschen, insbesondere Frauen*, im öffentlichen Raum besser zu schützen, fordern
1095 wir:

- 1096 • eine gesamtgesellschaftliche und verbandsinterne Sensibilisierung.
- 1097 • die Ausleuchtung von Angstzonen (z.B. Tunnel, dunkle Verbindungsstraßen
1098 zwischen Hauptverkehrsrouten).
- 1099 • die Ausleuchtung von mindestens einer Rad- und Gehwegstrecke zwischen
1100 Innenstadt und äußeren Stadtteilen.
- 1101 • die Ausleuchtung von Gebieten, in denen Menschen sich gerne zum feiern treffen
1102 (z.B. Altstadt und Hafen).
- 1103 • die Ausleuchtung von Hofeingängen und Eingängen zu Nebenstraßen.
- 1104 • stärkere Frequentierung und längeres Angebot bei Nachtbussen.
- 1105 • die Aufforderung zur Erarbeitung eines Sicherheitskonzepts an die Stadtwerke.
- 1106 • Schulungen für Polizist*innen und Mitarbeiter*innen von Sicherheitsunternehmen
1107 über sensiblen Umgang mit Belästigung im öffentlichen Raum.
- 1108 • die Förderung von Initiativen und Anlaufstellen (z.B. Frauennotruf).
- 1109 • Gemeinsam mit der Ratsfraktion der SPD Münster wollen wir uns für eine
1110 Orientierung der Planungspolitik an Maßstäben feministischer Stadtplanung stark
1111 machen.
- 1112 • Rückzugsorte für Mütter zum Stillen.
- 1113 • die Unterstützung der Forderung, dass Catcalling als Straftatbestand der sexuellen
1114 Belästigung in das Strafgesetzbuch aufgenommen wird.
- 1115 • die endgültige Zerschlagung des Patriarchats.
- 1116
- 1117

A6 Wir bleiben dabei: Gegen jeden Antisemitismus und für Solidarität mit Israel

1118 Der Kampf gegen jeden Antisemitismus, er ist ein Herzensanliegen der Jusos Münster und
1119 das schon seit langem. Die Zusammenarbeit mit Bündnispartner*innen etwa im
1120 Jugendbündnis gegen Antisemitismus verdeutlicht das immer wieder. Unsere Aktionswoche
1121 gegen Antisemitismus und für Solidarität mit Israel dient uns jedes Jahr aufs Neue dazu mit
1122 Bildungsangeboten auch außerhalb unserer Runde in die Stadtgesellschaft zu wirken, um
1123 auf grassierenden Antisemitismus aufmerksam zu machen.

1124 Aus gegebenem Anlass wollen wir uns mit dem vorliegenden Antrag unseres
1125 Selbstverständnisses vergewissern und uns weiterhin Antisemitismus in jeglicher Form
1126 entgegenstellen.

1127 Wie wir Antisemitismus erkennen

1128 Groß ist immer wieder die Debatte darüber, wie sich Antisemitismus genau äußert. Oft
1129 versuchen Antisemit*innen, Antisemitismus-Vorwürfe gegen sich zu relativieren und zu
1130 negieren, indem sie Forschungsergebnisse der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit
1131 Antisemitismus systematisch in Frage stellen. Das Relativieren und Negieren reicht dabei
1132 von jenen, die Antisemitismus nur in rechten Kreisen vermuten, bis hin zu Künstler*innen,
1133 die Angriffe auf die Meinungsfreiheit imaginieren, wenn sie Gegenwind für ihre
1134 Unterstützung der BDS-Bewegung erfahren. Ihnen allen stellen wir uns entgegen.

1135 Unsere Auffassung von Antisemitismus lehnt sich dabei direkt an die Arbeitsdefinition der
1136 International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) an. Diese nimmt auch
1137 israelbezogenen Antisemitismus in den Blick, eine heute vor allem in der politischen Linken
1138 sehr häufig auftretende Form des Antisemitismus. Solange mit „legitimer Israelkritik“ eine
1139 einseitige, dämonisierende Darstellung Israels gemeint ist, die auf Doppelstandards fußt,
1140 oder dem einzigen jüdischen Staat der Welt gar das Existenzrecht abspricht, so nennen wir
1141 das Antisemitismus.

1142 **„Mein Gott, wie gut, dass ich den Judenstern auf israelischen Panzern sehe, und nicht
1143 wie 1944 auf meiner Brust.“**

1144 Wir erkennen an, dass der Staat Israel der einzige Ort auf der Welt ist, der den Schutz
1145 jüdischen Lebens garantieren kann. Wir beobachten, dass der jüdische Staat mit
1146 beispiellosen Schmähungen und Dämonisierungen konfrontiert ist – wie sonst kein anderes
1147 Land auf der Welt. Daraus ziehen wir den Schluss, dass der einzige Schutzraum jüdischen
1148 Lebens Solidarität erfahren muss. Das gilt insbesondere für einen politischen
1149 Jugendverband aus Deutschland. Nach der Shoah haben wir eine besondere
1150 Verantwortung dafür, „dass Auschwitz nie wieder sei“. Die Anerkennung des Existenzrechts
1151 Israels schließt dabei ausdrücklich auch das Recht Israels sich zu verteidigen ein. Israel ist
1152 die einzige Demokratie und der einzige Rechtsstaat im Nahen Osten. Es braucht keine
1153 moralische Belehrung der Welt. Vor allem nicht aus Deutschland.

1154 **Zwei-Staaten-Lösung für den Frieden**

1155 Wie unser Bundesverband bekennen wir uns zu einer diplomatischen Beilegung des
1156 Nahostkonflikts mit dem Ziel einer Zwei-Staaten-Lösung. Wir glauben, dass nur die
1157 friedliche Koexistenz Israels mit einem souveränen palästinensischen Staat eine Lösung
1158 des Konflikts bedeuten kann. Klar ist aber auch: eine derartige Konfliktlösung liegt derzeit
1159 in weiter Ferne. Hier ist nicht der Ort, um die komplexe Gemengelage des Konflikts und ihre
1160 vielschichtigen Gründe ausführlich darzulegen. Nur so viel: Wir plädieren für eine
1161 differenzierte Konfliktanalyse, als sie derzeit meist praktiziert wird. Dabei sollte die Situation
1162 vor Ort nicht auf eine territoriale Auseinandersetzung reduziert werden.

1163 Eine redliche Konfliktdarstellung betrachtet das Handeln der rechten israelischen
1164 Regierung, aber eben auch regelmäßige Terrorangriffe aus den palästinensischen Gebieten
1165 oder die Weitergabe von antisemitischen Stereotypen in palästinensischen Schulbüchern.
1166 Zu häufig wird Antisemitismus als Triebfeder des Nahostkonflikts ausgeblendet.

1167 **Gegen BDS**

1168 Die antisemitische Bewegung „Boycott, Disinvest, Sanction“ (BDS) ist ein weltweites
1169 Netzwerk, das sich zum Ziel gesetzt hat, den Staat Israel politisch zu delegitimieren und
1170 ökonomisch zu schaden. Keine vergleichbare Bewegung dieser Welt richtet sich so gezielt
1171 gegen einen einzelnen Staat. Dabei richten sich die Boykottforderungen nicht nur gegen
1172 israelische Waren, sondern auch gegen israelische Künstler*innen und
1173 Wissenschaftler*innen, sodass auch der kulturelle Austausch zwischen Israel und dem Rest
1174 der Welt unterbunden werden soll. Somit soll auch verhindert werden, dass
1175 (zivilgesellschaftliche) israelische Stimmen zum komplexen Nahostkonflikt gehört werden,
1176 wenn sie nicht die Meinung der BDS-Bewegung teilen. Die Forderung danach, keine
1177 israelischen Produkte zu kaufen, erweckt unerträgliche historische Assoziationen. Welche
1178 Folgen der ökonomische Feldzug gegen Israel für die arabische Bevölkerung Israels oder
1179 die Palästinenser*innen hat, ist den vermeintlichen Fürsprecher*innen dieser Gruppen
1180 vollkommen egal. Wir Jusos sprechen uns entschieden gegen die Bestrebungen der BDS-
1181 Bewegung aus. Für uns ist es unerträglich und nicht hinnehmbar, dass diese Bewegung
1182 auch in Deutschland versucht, Israel zu dämonisieren und seine Existenz zu bedrohen. Es
1183 zeugt von tiefem historischem Unwissen und moralischer Verantwortungslosigkeit, wenn
1184 Teile der deutschen Linken BDS unterstützen. Wir werden uns auf allen Ebenen dafür
1185 einsetzen, dass der BDS-Bewegung keine öffentlichen Räume zur Verfügung gestellt
1186 werden und dahingehen auf Entscheidungsträger*innen einwirken

1187 **Wie wir mit Antisemitismus in unserer Kommune umgehen**

1188 Seit nun geraumer Zeit werden antisemitische Kräfte in und um Münster lauter. Besonders
1189 die Gruppe „Palästina Antikolonial“ versucht sich auf Demonstrationen, in Bündnissen und
1190 in der politischen Landschaft in Münster Räume anzueignen. Allein die letzten Sitzungen
1191 des Münsteraner Studierendenparlaments, die dort vorgetragenen antisemitischen,
1192 antizionistischen und den Nationalsozialismus relativierenden Äußerungen rechtfertigen

1193 eine Ablehnung dieser Gruppe. Wir werden uns, wo es nur geht, dafür einsetzen, Palästina
1194 Antikolonial und ähnlichen Gruppierungen keine Räume zuzugestehen. Gemeinsam mit
1195 unseren Bündnispartner*innen setzen wir uns dafür ein, dass Veranstaltungen mit klar
1196 antisemitischen Themen (dies impliziert selbstverständlich den BDS) nicht Teil des von der
1197 Stadtgesellschaft akzeptierten Diskurses werden dürfen. In Bündnissen wollen wir auf
1198 Bündniskonsense hinwirken, die sich deutlich gegen jeden Antisemitismus positionieren.

1199

1200 **Zusammenfassung**

1201 • Wir bekennen uns zu unserer Arbeit im Jugendbündnis gegen Antisemitismus und
1202 zu unserer Freundschaft mit dem Jungen Forum der Deutsch-Israelischen
1203 Gesellschaft in Münster. Gemeinsam wollen wir uns dem aufkeimenden
1204 Antisemitismus in Münster weiter entgegenstellen

1205 • Die Arbeitsdefinition des IHRA ist Grundlage unserer Auseinandersetzung mit
1206 Antisemitismus. Wir verwehren uns gegen Versuche, Ergebnisse der
1207 wissenschaftlichen Antisemitismusforschung wie diese Definition zu delegitimieren

1208 • Wir bekräftigen in aller Vehemenz unsere Ablehnung der antisemitischen BDS-
1209 Bewegung

1210 • Wir wollen zukünftig darauf hinwirken, dass auch in unserem Verband
1211 differenziertere Konfliktanalysen hinsichtlich der Auseinandersetzung zwischen
1212 Israel und Palästina vorgeommen werden

1213 • Wir bekennen uns zu einer Zwei-Staaten-Lösung und einer friedlichen Koexistenz
1214 eines israelischen und eines palästinensischen Staates

1215

A7 Auf die Barrikaden – Versammlungsverhinderungsgesetz verhindern!

1216 Die nordrhein-westfälische Landesregierung aus CDU und FDP arbeitet derzeit an einem
1217 restriktiven neuen Versammlungsgesetz.³ Noch gilt das Versammlungsgesetz des Bundes,
1218 doch das Innenministerium unter Herbert Reul (CDU) möchte nun von der
1219 Gesetzgebungskompetenz des Landes Gebrauch machen und deutlich schärfere Regeln
1220 für Versammlungen durchsetzen. Im Schatten der Corona-Krise, wo Versammlungen aus
1221 gutem Grund nur begrenzt stattfinden können, soll auch für die Zeit nach Corona eine neue
1222 Realität geschaffen werden. Das Innenministerium begründet die Gesetzesinitiative damit,
1223 „klare und verständliche Regelungen für Demonstrationen und Kundgebungen zu schaffen,
1224 die sich an der heutigen Zeit orientieren.“⁴ Hinter diesen schön klingenden Worten verbirgt
1225 sich allerdings ein höchst autoritärer Maßnahmenkatalog, der Versammlungen in NRW
1226 erheblich einschränken würde. Als Vorwand dafür nennt das Innenministerium den Kampf
1227 gegen Aufmärsche der rechten Szene, doch die Beschränkungen treffen im gleichen Maße
1228 und teilweise noch stärker linken Aktivismus.

Demoanmelder*innen schützen!

1230 In Paragraph 4 Satz 2 des Gesetzesentwurfs heißt es, dass Veranstalter*innen einer
1231 öffentlichen Veranstaltung in der Einladung zur Veranstaltung ihren Namen angeben
1232 müssen. Dies stellt nicht nur eine unnötige bürokratische Hürde dar, die es bei der
1233 ordnungsgemäßen Durchführung einer Versammlung zu beachten gilt, es bringt auch die
1234 Veranstalter*innen linker Demos in erhebliche Gefahr! Rechte müssten in Zukunft nichts
1235 weiter tun, als Aufrufe zu antifaschistischen Protestaktionen zu durchforsten, um an die
1236 Namen von Antifaschist*innen zu gelangen. Dass Doxing⁵ linker Aktivist*innen dadurch zu
1237 einem Kinderspiel wird, ist unbestreitbar.

- 1238 • Wir fordern daher, dass Demoanmelder*innen in einem zukünftigen NRW-
1239 Versammlungsgesetz weiterhin geschützt werden und ihre Namen nicht in der
1240 Einladung angeben müssen!

1241

Störungsverbot soll antifaschistischen Protest verhindern

1243 Auch das Störungsverbot soll nach dem Willen des Innenministers verschärft werden.
1244 Verboten das Versammlungsgesetz bisher nur die grobe Störung und gewaltsame
1245 Verhinderung von Veranstaltungen, werden im Gesetzentwurf keine qualifizierenden
1246 Angaben gemacht, sondern die Störung im Allgemeinen verboten. Die Konsequenzen
1247 dieser Entgrenzung des Störungsverbots sind kaum absehbar. So könnte in Zukunft der

³ <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-12423.pdf>

⁴ <https://www.im.nrw/eigenes-versammlungsgesetz-fuer-nrw>

⁵ Doxing (von englisch dox, Abkürzung für documents ‚Dokumente‘), auch doxxing, ist das internetbasierte Zusammentragen und anschließende Veröffentlichen personenbezogener Daten, zumeist mit böswilligen Absichten gegenüber den Betroffenen.

1248 Aufruf „AfD-Neujahrsempfang blockieren“ bereits unter das Störungsverbot fallen, ebenso
1249 friedliche Sitzblockaden oder der Veranstaltungen wie Blockadetrainings. Antifaschistischer
1250 Protest wird somit gezielt kriminalisiert.

- 1251 • Ein allgemeines Störungsverbot lehnen wir deshalb ab!

1252

1253 Militanzverbot kriminalisiert auch Ende Gelände

1254 Mit einem „Militanzverbot“ führt der Gesetzesentwurf ein weiteres scharfes Schwert zum
1255 Verbot von Veranstaltungen ein. Danach ist eine Veranstaltung verboten, „wenn diese
1256 infolge des äußeren Erscheinungsbildes (1) durch das Tragen von Uniformen, Uniformteilen
1257 oder uniformähnlichen Kleidungsstücken, (2) durch ein paramilitärisches Auftreten oder (3)
1258 in vergleichbarer Weise Gewaltbereitschaft vermittelt und dadurch einschüchternd wirkt.“
1259 Ein Verbot von Uniformen bei Versammlungen hat gute historische Gründe. Faschistische
1260 und (neo)nazistische Organisationen, die bei ihren Aufmärschen durch Uniformierung
1261 einschüchtern wollen, haben auf unseren Straßen nichts verloren. Der Zusatz „in
1262 vergleichbarer Weise“ lässt dabei jedoch genug Interpretationsspielraum, um z.B. auch die
1263 weißen Maler*innenanzüge von Ende Gelände oder schwarze Kapuzenpullis bei
1264 antifaschistischen Protesten als „einschüchternd“ zu werten. Das aktuell geltende
1265 Versammlungsgesetz enthält kein solches „Militanzverbot“, sondern verbietet bereits
1266 Uniformen auf Versammlungen, ohne die oben genannten Beispiele durch eine Erweiterung
1267 des Tatbestands zu umfassen.

- 1268 • Wir sprechen uns gegen ein allgemeines „Militanzverbot“ im Versammlungsrecht
1269 aus, da wir die bestehende Rechtslage zum Verbot von Uniformen als ausreichend
1270 betrachten.

1271

1272 Achtung, Kontrolle!

1273 Zu den oben genannten Maßnahmen, die linken Aktivismus konkret erschweren sollen,
1274 kommen auf alle Demoteilnehmer*innen weitere Überwachungsmaßnahmen zu. So werden
1275 im Polizeigesetz die Hürden für die Einrichtung von polizeilichen Kontrollstellen an
1276 Zugangspunkten für Veranstaltungen gesenkt. Auch die Anfertigung von Bild- und
1277 Videomaterial wird im Gesetzesentwurf erleichtert. Außerdem soll die Polizei das Recht
1278 erhalten, die Namen und Adressen der Ordner*innen von der Versammlungsleitung zu
1279 erhalten. All diese Maßnahmen erschweren die Organisation von und Teilnahme an
1280 öffentlichen Versammlungen.

1281 Das „Versammlungsfreiheitsgesetz“

1282 Auch die SPD-Landtagsfraktion hat bereits im letzten Jahr einen Entwurf für ein
1283 „Versammlungsfreiheitsgesetz“ vorgelegt.⁶ Dieses Gesetz wäre bei Weitem nicht so
1284 repressiv wie der Entwurf der Landesregierung, kommt jedoch auch nicht ohne

⁶ <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-11673.pdf>

1285 problematische Abschnitte aus. So gibt es beispielsweise ein ähnlich allgemein gefasstes
1286 Störungsverbot. Alles in allem schützt der SPD-Entwurf jedoch Versammlungen mehr, als
1287 dass er sie einschränkt oder verhindert.

- 1288 • Wir fordern daher die Landtagsfraktion der SPD dazu auf, dem Gesetzentwurf der
1289 Landesregierung nicht zuzustimmen.
- 1290 • Um unseren Forderungen Gewicht zu verleihen, koordinieren wir uns auf
1291 Landesebene mit dem Vorstand der NRW-Jusos

1292

1293 Fazit

1294 Der von der Landesregierung eingebrachte Gesetzentwurf ist eine Farce. Hinter blumigen
1295 Umschreibungen wie „Rechtssicherheit“ und „Extremismusbekämpfung“ verbirgt sich ein
1296 weiterer autoritärer Rollback, der linken Aktivismus am Ende des Tages am stärksten trifft.
1297 Ein Versammlungsgesetz, das sich wie der Wunschzettel von Rainer Wendt liest, darf nicht
1298 unwidersprochen bleiben!

- 1299 • Die Jusos Münster machen öffentlichkeitswirksam auf die Konsequenzen und Kritik
1300 des Versammlungsgesetzes aufmerksam.
- 1301 • Wir vernetzen uns mit unseren antifaschistischen Bündnispartner*innen und wirken
1302 darauf hin, dass es eine koordinierte Antwort auf lokaler und überregionaler Ebene
1303 gibt.

1304

1305 Denn Nazis und Verschwörungsideolog*innen bekämpft man nicht mit restriktiven
1306 Versammlungsgesetzen, sondern auf der Straße. Alerta!

A8 Die psychische Gesundheit muss politisch werden

1307 Mentale Gesundheit war schon immer ein wichtiges Thema, das in den letzten Jahren
1308 verstärkt an gesellschaftlicher Bedeutung gewann. Vor allem seit dem letzten Jahr taucht
1309 das Thema vermehrt in Debatten und dem öffentlichen Diskurs auf. Dies lässt sich
1310 besonders auf die Corona Krise und ihre Auswirkungen zurückführen. Durch die Corona-
1311 Pandemie leiden vermehrt und vor allem (junge) Erwachsene an Angst, Depressionen oder
1312 Stress, so eine Studie der NAKO.⁷ Auch starke depressive Symptome sind mit der
1313 Pandemie um über 2% angestiegen. Isolation, Einsamkeit und sozialer Rückzug gelten als
1314 Risikofaktoren für diverse psychische Erkrankungen und sind für viele derzeit Alltag.
1315 Die Wichtigkeit Psychische Gesundheit auf die Agenda zu setzen war auch schon vor und
1316 ist nun gerade durch die Pandemie enorm und es wird Zeit zu handeln und an den
1317 bestehenden Verhältnissen zu rütteln.

1318 End the Stigma - Aufklärungsarbeit leisten

1319 Auch trotz der sich zuspitzenden Situation wird das Thema psychische Gesundheit nach
1320 wie vor gerne verschwiegen. Menschen mit psychischen Störungen sind auf vielen Ebenen
1321 und in vielen Bereichen von Stigmatisierung betroffen. Stigmatisierung kann sich auf viele
1322 unterschiedlichen Weise äußern und bezeichnet die Repräsentation von gesellschaftlich
1323 großflächig akzeptierten Überzeugungen über bestimmte Personengruppen als
1324 "normabweichend". Unterschieden werden kann hierbei zwischen interpersoneller
1325 Stigmatisierung, öffentlicher Stigmatisierung, struktureller Diskriminierung und
1326 Selbststigmatisierung. Studien zeigen, dass sich die Haltung gegenüber Menschen mit stark
1327 stigmabehafteten psychischen Erkrankungen (Schizophrenie, Alkoholismus) von 1990 bis
1328 heute deutlich verschlechterte: Abwertende emotionale Reaktionen und der Wunsch nach
1329 sozialer Distanzierung waren Entwicklungen in der Haltung gegenüber Menschen mit
1330 psychischen Erkrankungen. Konsequenzen aus dieser Haltung drücken sich auch konkret
1331 in Ansichten über mögliche Ressourcenverteilungen aus. Studienteilnehmer*innen in
1332 Deutschland gaben hierbei an, hohe Kosten in der Krankheitsversorgung vor allem bei den
1333 Diagnosen Alkoholismus, Depression und Schizophrenie einsparen zu wollen. Aus einer
1334 langen Liste von Diagnosen und Krankheitsbildern entschieden sich viele Menschen
1335 mehrheitlich für die Einsparung im Bereich der psychischen Krankheiten.

1336 Folgen der Stigmatisierung sind dramatisch. Auf der individuellen Ebene resultieren aus
1337 Scham und sozialem Rückzug der betroffenen Personen eine deutliche Erhöhung des
1338 Leidensdrucks. Eine erfolgreiche Teilhabe der Betroffenen an der Gesellschaft wird
1339 verhindert, Stigmen wirken wie "soziale Barrieren", die für viele unüberwindbar scheinen.
1340 Und Folgen von Stigmatisierung gehen auch über die betroffenen Personen hinaus:
1341 Angehörige erleben sich selbst genauso am Rande der Gesellschaft und sind in ebenso
1342 relevanten Bereichen mit struktureller und gesellschaftlicher Diskriminierung konfrontiert.
1343 Anti-Stigma Interventionen sind und bleiben zentral und wichtig und ein Stigma-Abbau bleibt

⁷ <https://www.gesundheitsforschung-bmbf.de/de/nako-gesundheitsstudie-starkere-psychische-belastung-durch-corona-pandemie-12564.php>

1344 gesellschaftliche Aufgabe. Jedoch ist es besonders im Kontext von struktureller
1345 Diskriminierung unabdingbar auf eine Veränderung eben jener Strukturen hinzuwirken, die
1346 strukturelle Diskriminierung mittragen und akzeptieren. Die Entstigmatisierung muss sowohl
1347 Aufgabe der Gesellschaft als auch der Politik sein!

1348 Daher ist für uns klar: Wir müssen psychische Erkrankungen und die mentale Gesundheit
1349 thematisieren. Es muss öffentlich darüber gesprochen werden und es muss Aufklärungs-
1350 und Bildungsarbeit geleistet werden. Nur so lassen sich Stigmen brechen, nur so wird
1351 Betroffenen ein Weg geschaffen sich durch die ohnehin schon schwierige,
1352 krankheitsbedingte Situation nicht auch noch einer Doppelbelastung durch gesellschaftliche
1353 Stigmen ausgesetzt zu sehen.

1354 Als Jungsozialist*innen stehen wir in der Verantwortung dieses Stigma zu brechen, wir
1355 stehen in der Verantwortung öffentlich über eine Verbesserung der Therapieversorgungen
1356 zu debattieren, wir stehen in der Verantwortung, dass die Möglichkeit eines Therapieplatzes
1357 garantiert sein muss,

1358 unabhängig des Geldbeutels oder des sozialen Umfelds. Auch sind wir in der
1359 Verantwortung, psychische Krankheiten in gesellschaftlichen, politischen Kontexten zu
1360 erfassen. Die kapitalistischen Verhältnisse, ergo der Leistungsdruck und das
1361 „Funktionieren“, muss in Zusammenhang mit der psychischen Gesundheit gebracht werden.
1362 Wir stehen in der Pflicht den Zusammenhang zwischen Diskriminierungen und der
1363 psychischen Gesundheit zu erkennen.

1364 Daher fordern wir:

- 1365 • **Aufklärungsarbeit über psychische Krankheiten in sämtlichen Institutionen wie**
1366 **beispielsweise der Schule**
- 1367 • **Anti-Stigma Interventionen staatlich zu unterstützen und zu verstärken**

1368 **Der Kapitalismus macht krank**

1369 Häufig entstehen psychische Krankheiten aus dem Gefühl nicht gut genug zu sein. Nicht
1370 genug zu erreichen. Nicht die geforderten Noten zu erbringen. Dieser Druck Leistungen zu
1371 erbringen, welcher durch die kapitalistische Ausrichtung unserer Gesellschaft, vielen
1372 Menschen vom Kindesalter an mitgegeben wird, führt oftmals zu viel Stress und einer
1373 starken psychischen Belastung. Diese zieht sich häufig durch die Schule, ein mögliches
1374 Studium oder eine Ausbildung und durch das gesamte Arbeitsleben. Es soll immer mehr
1375 und immer länger gearbeitet werden, hauptsache das Geld fließt (aber natürlich nicht in die
1376 Taschen der Arbeiter*innen). Es geht so weit, dass alles, das auf der To-Do-Liste steht,
1377 seien es Überstunden oder der Kindergeburtstag, als Belastung wahrgenommen wird. Alle
1378 Termine und Aufgaben nehmen somit die gleiche Form eines psychischen Drucks an. Hinzu
1379 kommt eine ständige Erreichbarkeit von allen Seiten per E-Mail und Smartphone. Druck
1380 kommt somit nicht nur aus der Arbeit heraus, sondern aus der kapitalistischen Gesellschaft
1381 als Ganzes. Das Problem dieser kapitalistischen Gesellschaft ist, wie der Soziologe Hartmut
1382 Rosa es beschreibt, dass "Menschen heute das Gefühl haben, dass sie immer schneller

1383 laufen müssen, nur um stehen zu bleiben".⁸ Menschen haben das Gefühl, egal wie effizient
1384 sie heute sind, morgen muss noch effizienter gearbeitet werden. Burnout und Depression
1385 sind häufige Folgen eines solchen jahrelangen Stresses. Dies führt in einen Kreislauf, denn
1386 leiden Eltern unter psychischen Krankheiten, haben auch die Kinder eine erhöhte
1387 Wahrscheinlichkeit ebenfalls psychisch zu erkranken.⁹ Doch anstatt anzuerkennen, dass
1388 das eigene System Menschen an die Grenzen der psychischen Belastbarkeit (und teils weit
1389 darüber hinaus) bringt, gibt es örtlich begrenzte Anzahlen an Psychotherapeut*innen,
1390 die Verträge mit den gesetzlichen Krankenkassen haben und somit bei diesen abrechnen
1391 können. Der klägliche Versuch einer Verbesserung durch die Reform des
1392 Psychotherapiegesetzes von 2017 scheiterte. Patient*innen bekommen nun zwar schnell
1393 die Möglichkeit eines Erstgesprächs, müssen nach diesem aber meist mehrere Monate,
1394 teilweise sogar bis zu einem Jahr auf einen Therapieplatz warten. Dies führt häufig zu einem
1395 Resignationseffekt und somit dazu, dass Menschen trotz akuter psychischer Belastungen
1396 das Warten auf einen Therapieplatz aufgeben.¹⁰

1397 Deswegen fordern wir:

- 1398 • **Eine Neuberechnung der Verhältniszahlen von Psychotherapeut*innen pro**
1399 **Einwohner*in**
- 1400 • **Anlaufstellen für Schüler*innen und Studierende an Schulen und Universitäten**
1401 **mit ausgebildeten Psychotherapeut*innen**
- 1402 • **ein Aufbrechen von kapitalistischen Strukturen und eine Entlastung von**
1403 **Arbeitnehmer*innen**

1404 **Das deutsche Gesundheitssystem als Problem**

1405 Das deutsche Gesundheitssystem wurde, ganz im Sinne der "sozialen" Marktwirtschaft, in
1406 den letzten Jahrzehnten durchökonomisiert. Dies geht einher mit einem großen Interesse
1407 an der Ausdehnung seiner Dienstleistungen. Dazu gehört zum Beispiel die Verschreibung
1408 von Medikamenten nach der Diagnose einer psychischen Krankheit. Eines der
1409 bekanntesten Beispiele stellt die Verordnung von Antidepressiva dar. Das
1410 Verordnungsvolumen von Antidepressiva steigt seit Jahren massiv.¹¹ Hierfür sind
1411 verschiedene Gründe anzunehmen: Zum einen soll durch die Verschreibung eine schnelle
1412 Reaktion auf die Diagnose erfolgen. Auf der anderen Seite soll durch eine Verschreibung
1413 von Medikamenten auf die Dauer der eigentlichen Psychotherapie eingewirkt und diese
1414 somit verkürzt werden. Lange Therapien sind teuer und kosten die Krankenkassen viel
1415 Geld. Es soll durch eine Kombination aus Medikamenten und Therapie somit Geld

⁸ https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/streitgespraech-macht-der-kapitalismus-uns-krank-14308832.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2

⁹ <https://www.aerzteblatt.de/archiv/60391/Kinder-psychisch-kranker-Eltern>

¹⁰ <https://www.swr.de/wissen/langes-warten-auf-psychotherapieplatz/-/id=253126/did=21162748/nid=253126/15r1s33/index.html>

¹¹ <https://www.tk.de/resource/blob/2083022/f7a4d70c6e98e6c4a5a474917944fe57/gesundheitsreport-und-arzneimittelverordnungen-2020-data.pdf>
<https://www.tk.de/resource/blob/2034314/6b82bfb5c474032a37979d751121797c/gesundheitsreport-2011-data.pdf>

1416 eingespart und gleichzeitig durch die Ausgabe der Medikamente verdient werden.
1417 Das Kapitalinteresse steht hier in vielen Punkten über einer ausreichenden und
1418 patient*innengerechten medizinischen Versorgung.

1419 Wir fordern deshalb:

- 1420 • **Eine Überwindung der Zwei-Klassen-Medizin durch die Abschaffung privater**
1421 **Krankenversicherungen und die Einführung einer Bürger*innenversicherung**
- 1422 • **eine Finanzierung von Therapieplätzen mit ausreichender Dauer durch den**
1423 **Staat**
- 1424 • **Eine kostenlose Ausgabe von verschriebenen Medikamenten ohne**
1425 **Eigenbeteiligung der Patient*innen**

1426 **Psychotherapeut*innen in Ausbeutung**

1427 5 Jahre Studium, 3-7 Jahre Psychotherapieausbildung. Kostenpunkt: 25.000- 30.000 Euro,
1428 Zulassungsvoraussetzungen für das Studium erfordern einen NC von 1.0-
1429 1.2. Wieso wird ein Studiengang, dessen häufig gewähltes Abschlussziel der
1430 Psychotherapie dringend benötigte Kapazitäten auffüllen soll, dermaßen exklusiv und
1431 schwierig gestaltet? Die circa zehn Jahre bis zum Berufseinstieg gehen für viele
1432 Studierende mit hoher Verschuldung einher. Das durchschnittliche Gehalt von
1433 Psychotherapeut*innen in Ausbildung liegt weit unter Mindestlohn - arbeiten müssen sie
1434 jedoch wie eine vollwertige Arbeitskraft. In vielen Ausbildungsinstituten sind sie sogar
1435 unabdingbar, um den Tagesbetrieb aufrecht zu erhalten. Nicht umsonst wurden die
1436 Stimmen rund um eine Reform des Studiengangs "Psychologie" in den letzten Jahren immer
1437 lauter. 2020 kam diese Reform dann und enttäuschte Erwartungen auf allen Ebenen.
1438 Anstatt die Struktur und Bezahlung der Ausbildung zu verbessern präsentierte die
1439 Bundesregierung ihre Universallösung: "Psychotherapie" als eigenständiger Studiengang.
1440 Doch das alte Ausbildungssystem bleibt bestehen und alle, die in diesem studieren, mit all
1441 seinen Ungerechtigkeiten und Ausbeutungen konfrontiert. Aus Psychotherapeut*innen in
1442 Ausbildung werden Psychotherapeut*innen in Ausbeutung - Und die Bundesregierung
1443 bedenkt genau diese in ihrer Reform nicht mit.

1444 Die Reform ist ein Paradebeispiel für eine Umsetzung der Bundesregierung, die ungeklärte
1445 Finanzfragen mehr gewichtet als dem Bedarf an Psychotherapeut*innen adäquat
1446 entgegenzukommen und in ihrem Doppelauftrag kläglich versagte. Die 2020 vorgestellte
1447 Reform der Bundesregierung muss in jedem Fall nachgebessert werden und auf die
1448 Perspektive des "alten" Ausbildungssystem ausgeweitet werden.

1449 Deswegen fordern wir:

- 1450 • **eine Stärkung des alten Ausbildungssystems, welche mit einer angemessenen**
1451 **Bezahlung, klaren sozialrechtlichen Regelungen und angemessenen**
1452 **Zugangsvoraussetzungen einhergeht, damit das Abschlussziel**
1453 **Psychotherapie nicht nur privilegierten Studierende vorbehalten ist**
- 1454 • **transparentere Regelungen in Bezug auf Veränderungen für Studierende im**
1455 **"alten Ausbildungssystem"**

- 1456 • **Maßnahmen zur Verhinderung von Engpässen bei der Bereitstellung von**
1457 **Ausbildungsplätzen für Psychotherapeut*innen**
- 1458 • **großzügigere Übergangsregelungen für Studierende des "alten Systems",**
1459 **damit auch Studierende mit Kindern oder Angehörigen, die gepflegt werden,**
1460 **Migrant*innen, chronisch Kranke oder Studierende, die auf die eigene**
1461 **Erwerbstätigkeit angewiesen sind, ihr Abschlussziel erreichen können**
- 1462 • **eine Anpassung der Übergangsregelungen für Studierende des "alten**
1463 **Systems" auch im Hinblick auf veränderte Studiumsbedingungen durch die**
1464 **Corona-Pandemie**
- 1465 • **einen einfachen Wechsel für Studierende des "alten Systems" in den neuen**
1466 **einschlägigen Psychotherapie-Studiengang**

1467 Eine Umsetzung dieser Forderungen ist unabdingbar, wenn dem steigenden Bedarf an
1468 Psychotherapeut*innen nachgekommen werden soll. Anti-Stigma Interventionen und
1469 Aufklärungsarbeit bezüglich psychischer Krankheiten können nicht umgesetzt werden, so
1470 lange nicht die Kapazitäten der Psychotherapie erhöht werden. Diese Kapazitäten können
1471 nur realisiert werden, indem der Studiums-/Bildungsweg für angehende
1472 Psychotherapeut*innen realistisch und umsetzbar gestaltet wird. Durchschnittliche 20
1473 Wochen Wartezeit auf einen Therapieplatz sind deutlich zu viel und gerade für Menschen
1474 in akuten Phasen kaum aushaltbar.

1475

A 9 Keine Behinderung der sexuellen Selbstbestimmung!

1476 Die reproduktive und sexuelle Selbstbestimmung der Frauen* ist ein erklärtes Ziel des
1477 Feminismus und von uns Jusos als feministischer Verband. Es sollte eigentlich eine
1478 Selbstverständlichkeit sein, dass Frauen* selbst über ihren Körper entscheiden, selbst
1479 entscheiden ob sie Kinder möchten, selbst entscheiden wie sie ihre Sexualität ausleben. Im
1480 Patriarchat muss dies leider jeden Tag hart erkämpft werden und wir sind noch lange nicht
1481 am Ziel. Wir kämpfen dabei für die Selbstbestimmung von allen Frauen*. Und mit allen
1482 Frauen* meinen wir wirklich alle Frauen*, denn alle haben ausnahmslos das Recht auf
1483 reproduktive und sexuelle Selbstbestimmung. Das heißt auch, dass wir in unserem
1484 feministischen Kampf Frauen* mit Behinderungen, chronischen Krankheiten, geistigen und
1485 körperlichen Einschränkungen inkludieren. Diese Frauen* sind intersektional im Patriarchat
1486 diskriminiert. Um einen wichtigen und großen Schritt in Richtung Selbstbestimmung für
1487 diese Frauen* zu gehen, müssen wir das Problem der Zwangssterilisation und den Umgang
1488 mit Verhütung angehen. Darum geht es in diesem Antrag.

1489 Zwangssterilisationen und riskante Verhütungsmethoden

1490 In Wohn- und Pflegeeinrichtungen für Menschen mit Behinderungen kommt es deutlich
1491 häufiger zu Sterilisationen von Frauen*, als im Rest der Bevölkerung. In ihrem Bericht von
1492 2017 zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention geht die zuständige Kommission
1493 davon aus, dass in Deutschland auch Zwangssterilisationen nicht ausgeschlossen werden
1494 können. Grundlage dafür ist §1905 BGB. Dieser Artikel ermöglicht die Sterilisation
1495 gesetzlich betreuter Personen ohne deren Zustimmung. Das widerspricht nicht nur unserem
1496 Verständnis von Consent, sondern stellt auch eine Menschenrechtsverletzung dar. Diese
1497 Ausnahme vom Recht über die reproduktive Selbstbestimmung gibt es ausschließlich für
1498 Menschen mit Behinderung. Dass das so ist, liegt begründet in rechtlichen Grundlagen und
1499 normativen Werten, die unsere Gesellschaft vom NS-Regime übernommen hat. Die eben
1500 bereits erwähnte Kommission empfiehlt daher auch die ersatzlose Streichung des §1905.
1501 Dem möchten wir uns an dieser Stelle anschließen. Damit eine Sterilisation aber wirklich
1502 einvernehmlich ist, muss auch hier eine gute, ergebnisoffene Beratung stattfinden. Bei einer
1503 Studie des Familienministeriums gaben nur etwa die Hälfte der befragten Frauen* mit
1504 Behinderung an, dass sie sich wirklich selbst für die Sterilisation entschieden haben. Eltern,
1505 Ärzt*innen und Pflegepersonal nehmen erheblichen Einfluss auf die Entscheidung zur
1506 Sterilisation. Auch die Perspektivlosigkeit für ein Leben mit Kind und die mangelhafte
1507 Aufklärung über Verhütungsmittel spielen hier eine wichtige Rolle.

1508 Dass hier dringend Verbesserungsbedarf besteht, zeigt sich auch darin, dass etwa 40% der
1509 Frauen*, die in Wohneinrichtungen für Behinderte leben die s.g. 3-Monats-Spritze oder
1510 Depot-Spritze bekommen. Durch die hohe hormonelle Dosierung hat diese
1511 Verhütungsmethode gravierende Nebenwirkungen, wie ein erhöhtes Osteoporose-Risiko
1512 und das Ausbleiben der Menstruationsblutung. Viele der Frauen* mit Behinderung, die die
1513 3-Monatsspritze bekommen, geben allerdings an nicht sexuell aktiv zu sein. Profiteure
1514 dieser riskanten Verhütungsmethode sind vor allem die Träger der Pflegeeinrichtungen,

1515 deren Personal weniger oder keine Arbeitszeit für die Hygiene während der
1516 Menstruationsblutung aufwenden muss. Die Gesundheit von Menschen wird hier also
1517 finanziellen Interessen untergeordnet. Das dürfen wir nicht akzeptieren.

1518 Frauen* mit Behinderung müssen ohne Druck und in angemessener Sprache über ihre
1519 Möglichkeiten aufgeklärt werden. Gesetzliche Betreuer*innen und Gynäkolog*innen sollen
1520 daher dazu verpflichtet werden, Menschen mit Behinderung ergebnisoffen und in Einfacher
1521 bzw. Leichter Sprache zu Verhütungsmethoden und Eingriffen, die ihre Fortpflanzung
1522 betreffen zu beraten. Broschüren zu diesen Themen in Leichter Sprache sollen in jeder
1523 Wohneinrichtung und in jeder gynäkologischen Praxis ausliegen. Pflegepersonal und
1524 anderes medizinisches Personal müssen beispielsweise durch verpflichtende Fortbildungen
1525 für dieses Thema sensibilisiert werden.

1526 **Schwangerschaft und Kindererziehung**

1527 Auch Menschen mit Behinderung haben das Recht Kinder zu bekommen, wenn sie sich
1528 Kinder wünschen. Dass es medizinische, gesellschaftliche und eventuell auch rechtliche
1529 Hürden geben kann, darf kein Grund sein dieses Recht zu verweigern. Eine
1530 Schwangerschaft aus rein eugenischen Gründen gegen den Willen der Person mit
1531 Behinderung verhindern zu wollen, lehnen wir entschieden ab. Wenn es zu einer
1532 Schwangerschaft kommt, dann liegt die Entscheidung über die Fortsetzung der
1533 Schwangerschaft bei der Schwangeren selbst. Dazu muss es Beratungsangebote geben,
1534 welche in leichter Sprache sind und in angemessener Atmosphäre stattfinden. Diese
1535 Beratungsangebote müssen flächendeckend ausgebaut werden. Auch die medizinische
1536 Begleitung der Schwangerschaft, der Geburt und der Nachsorge muss in leichter Sprache
1537 verfügbar sein und auf die Bedürfnisse der Schwangeren und des Kindes ausgerichtet sein.
1538 Zusätzlich müssen Beratungsangebote für Kindererziehung auch auf Eltern mit
1539 Behinderung eingehen können. Diese Beratungsangebote sollen vor allem die Eltern
1540 unterstützen, aber auch den pflegenden Angehörigen beim Umgang mit den Eltern und
1541 Kindern helfen.

1542 Doch Beratung alleine reicht nicht. Es braucht auch aktive Unterstützung für die Eltern. Das
1543 beinhaltet auch die Kinderbetreuung in Werkstätten für Menschen mit Behinderung, damit
1544 diese ihrer Tätigkeit nachgehen können und die Kinder ein soziales Umfeld außerhalb der
1545 Eltern haben. Dabei darf die frühkindliche Bildung nicht die Bedürfnisse der Kinder
1546 vernachlässigen. Außerdem benötigen Wohneinrichtungen für Menschen mit Behinderung
1547 eine Kinderbetreuung. Dabei soll ein Zusammenleben von Eltern und Kindern in der
1548 Einrichtung unterstützt werden, aber auch für die Eltern und Pflegekräfte eine Entlastung
1549 vorhanden sein. Zwar müssen Erzieher*innen und Pflegekräfte hierbei auch
1550 zusammenarbeiten können, doch eine Aufgabenteilung ist dem Wohl der Kinder und auch
1551 der Eltern zuträglich. Nicht zu vergessen ist hierbei der Punkt, dass Familien in denen die
1552 Eltern eine Behinderung haben nicht von Familien in denen die Eltern keine Behinderung
1553 haben, abgegrenzt werden dürfen. Die Möglichkeit die Kinder in eine Kinderbetreuung
1554 außerhalb der Wohneinrichtungen betreuen zu lassen, muss dennoch gegeben sein.

1555 Außerdem müssen Wege gefunden werden die Eltern mit Behinderung in die
1556 Elterngemeinschaft von Schulen zu inkludieren. Zusätzlich müssen öffentliche
1557 Begegnungsorte wie Spielplätze oder Parks barrierefrei gestaltet werden, damit Eltern mit
1558 Behinderung und ihre Kinder nicht an die Wohneinrichtungen gefesselt sind. Zur Begleitung
1559 außerhalb der Wohneinrichtungen sind deshalb auch zusätzliche Stellen für Pflegekräfte
1560 und Erzieher*innen einzuplanen, da nicht davon ausgegangen werden kann, dass diese
1561 Aufgabe ausschließlich von Angehörigen übernommen wird.

1562 Um die sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung auch für Menschen mit Behinderung
1563 zu sichern, fordern wir:

- 1564 • die ersatzlose Streichung von §1905 BGB.
- 1565 • Beratungsangebote in Wohneinrichtungen und gynäkologischen Praxen in Leichter
1566 Sprache, diese Beratungen sollen ergebnisoffen und ohne Druck sein.
- 1567 • verpflichtende Fortbildungen zu reproduktiver Selbstbestimmung für gesetzliche
1568 Betreuer*innen und medizinisches Personal.
- 1569 • die Schaffung von Kinderbetreuungsangeboten in Wohn- und Arbeitsstätten für
1570 Menschen mit Behinderungen.

A10 Geh mit Gott oder eine Schule weiter – Bekenntnisschulen abschaffen

1571 **Bekenntnisschulen? Kann man das essen?**

1572 Schulen in denen Kinder bestimmter Konfessionen bevorzugt aufgenommen werden und
1573 Lehrkräfte anderen Glaubens nur in Ausnahmefällen unterrichten dürften; das klingt erstmal
1574 nach Sonderregelungen kirchlicher Privatschulen, ist aber in vielen Kommunen Nordrhein-
1575 Westfalens und Niedersachsens auch an öffentlichen Schulen eher die Regel als die
1576 Ausnahme. „In Bekenntnisschulen werden Kinder des katholischen oder des evangelischen
1577 Glaubens oder einer anderen Religionsgemeinschaft nach den Grundsätzen des
1578 betreffenden Bekenntnisses unterrichtet und erzogen.“, so definiert die Nordrhein-
1579 Westfälische Landesverfassung Bekenntnisschulen. Bekenntnisschulen werden vollständig
1580 staatlich finanziert und liegen i.d.R. in öffentlicher Trägerschaft. Fast jede dritte Grundschule
1581 in öffentlicher Trägerschaft in Nordrhein-Westfalen ist eine Bekenntnisschule. Absolut
1582 entspricht dieses mit Stand Schuljahr 2016/2017 918 Grundschulen, davon 826 katholische,
1583 89 evangelische, zwei jüdische und eine mennonitische Bekenntnisschule. Darunter
1584 entfielen im Jahr 2017/18 25 katholische und 6 evangelische Bekenntnisschulen auf das
1585 Stadtgebiet Münster - dies entspricht 53 % bzw. 13 % der 47 Münsteraner Grundschulen.
1586 Im Münsterland verfügen die Kreisstädte Borken und Coesfeld sowie 27 weitere Kommunen
1587 allein über Bekenntnisschule als angebotene Grundschulform. Der Anteil der
1588 Grundschulplätze unter katholischem Bekenntnis entspricht in NRW in etwa dem Anteil der
1589 Schüler*innen katholischer Konfession. Wollte man diese, von Befürworter*innen oft
1590 angeführte, Proportionalitätslogik zu Ende führen, wäre die konsequente Forderung die
1591 Einführung von rund 450 islamischen Grundschulen und einer noch höheren Zahl an
1592 Schulen vollkommen frei von Religionsunterricht.

1593

1594 **Warum es sie gibt**

1595 Der bereits erwähnte Verfassungsrang der Bekenntnisschulen in NRW, macht eine
1596 Änderung denkbar schwierig, umfasst jedoch bloß die grundsätzliche Existenz dieser
1597 Schulgattung, während das Weitere im Schulgesetz geregelt wird. Dieses legt für
1598 Bekenntnisschulen unter anderem fest, dass angehende Schüler*innen primär nach der
1599 Konfession auszuwählen seien und Lehrer*innen wie Rektor*innen, grundsätzlich das
1600 Bekenntnis der Schule zu teilen haben und dort andernfalls nur in Sonderfällen unterrichten
1601 dürfen. Das OVG NRW bekräftigte dies im Jahr 2016 in einem Urteil, wonach die Konfession
1602 der Schüler*innen als Kriterium zwingend vorrangig betrachtet werden muss, während
1603 beispielsweise Nähe zum Wohnort oder Geschwisterkinder auf der Schule hintanstellen
1604 müssen. Während bekenntnisfremde Lehrer*innen immerhin seit 2015 auch auf regulärem
1605 Wege an Bekenntnisschulen unterrichten können, wenn auch sie weiterhin benachteiligt
1606 gegenüber den bekenntnistreuen Bewerber*innen eingestellt werden, müssen Rektor*innen
1607 zwingend der Konfession angehören, andernfalls benötigen sie zur Einstellung eine
1608 Ausnahmegenehmigung der Bezirksregierung. So wurde 2018 im Falle der Neubesetzung
1609 der Rektoratsstelle der Josefschule Borken, einer katholischen Bekenntnisschule, der

1610 einzige Bewerber - der bisherige evangelische Konrektor - zunächst von der
1611 Bezirksregierung mit Verweis auf seine Konfession abgelehnt und erst nach langem Hin und
1612 Her und der Feststellung, dass ein „zwingender Ausnahmetatbestand“ vorliegt wurde ihm
1613 eine Ausnahmegenehmigung der Bezirksregierung erteilt.

1614
1615 Weiterhin wird im Schulgesetz die Möglichkeit einer Umwandlung von Bekenntnisschulen
1616 in Gemeinschaftsschulen geregelt. So können bestehende Grundschulen, die nahezu alle
1617 Bekenntnisschulen umfassen, auf Initiative des Schulträgers oder der Eltern von 10% der
1618 Schüler*innen in eine andere Form überführt werden. Dies gelingt allerdings nur, wenn sich
1619 im folgenden Abstimmungsverfahren mehr als die Hälfte aller Eltern dafür entscheidet.
1620 Durch diese Regelung kommt es immer wieder dazu, dass die Verfahren trotz deutlicher
1621 Verhältnisse scheitern, so beispielsweise an der katholischen Grundschule Broichweiden,
1622 an der sich bei der Abstimmung 72% der Eltern für eine Umwandlung aussprachen, was
1623 nicht genügte da dies bloß 40% der möglichen Stimmen entsprach. Einer kleinen Anfrage
1624 an den Landtag NRW aus dem Jahr 2018 ist zu entnehmen, dass es von 2005 bis 2018
1625 nur 34 Umwandlungen von öffentlichen Bekenntnisschulen gegeben hat. Hierbei hat es im
1626 Zeitraum von 2015 bis 2018 drei Umwandlungen von Bekenntnis- in Gemeinschaftsschulen
1627 gegeben, wohingegen im selben Zeitraum 13 Umwandlungsverfahren gescheitert waren.

1628 **Warum es sie nicht geben sollte**

1629 Nun gehen mit den Bekenntnisschulen viele Probleme einher. Vor allem, nachdem zum
1630 Schuljahr 2008/09 die Schulbezirke in NRW aufgelöst wurden und die Entfernung zum
1631 Wohnort kein bindendes Kriterium bei der Platzvergabe mehr ist. Dies führte auf der Stelle
1632 dazu, dass Kinder, die nicht dem Bekenntnis der nächstgelegenen Grundschule angehören,
1633 häufig eben diese Grundschule nicht besuchen können. Durch den hohen Anteil an
1634 Bekenntnisschulen in den katholisch geprägten Gebieten NRW können nicht-katholische
1635 Kinder häufig nur eine weit entfernte Grundschule anderen Ende des Stadtgebietes
1636 besuchen. Auf dem Schulweg kommen die Kinder hierbei häufig an mehreren katholischen
1637 Bekenntnisschulen vorbei. Auch die katholische Kirche selbst, wengleich grundsätzlich
1638 Befürworterin der Bekenntnisschulen, ist sich der Problematik durchaus bewusst. So sagte
1639 die Leiterin der Gruppe Primarstufe im Referat Grundschulen des Bistums Münster, Barbara
1640 Bader, dass es gar zu viele Bekenntnisschulen gebe, da von den rund 500 Grundschulen
1641 im Gebiet des Bistums Münster circa die Hälfte katholische Bekenntnisschulen seien.

1642 Die Platzvergabe nach Konfession bedeutet eine stark bevorzugte Behandlung meist
1643 katholisch getaufter Erstklässler*innen, gegenüber den Mitschüler*innen anderen
1644 Bekenntnisses, die dabei wie Kinder zweiter Wahl behandelt werden. Diese werden aus
1645 bestehenden Beziehungen zu Kindern aus Nachbarschaft oder Kindergarten gezwungen,
1646 während die Eltern anderer Kinder, deren Distanz zur nächsten Schule und die Veränderung
1647 des sozialen Umfelds geringer wäre, die aber der entsprechend „richtigen“ Konfession
1648 angehören, die Schule freie wählen können.

1649 Auch die Konfessionsbindung der Lehrkräfte widerspricht grundsätzlich dem Prinzip eines
1650 säkularisierten Staates. Dass Angestellte des Staates allein auf Grund ihres Glaubens nicht
1651 an ihrer bevorzugten Lehrstelle unterrichten können und damit aus ihrem sozialen Umfeld
1652 oder auch dem familiären Umfeld herausgelöst werden, ist unsozial und widerspricht der
1653 religiösen Neutralität des Staates und der Religionsfreiheit.

1654 Bekenntnisschulen bieten also sowohl für Lehrkräfte als auch für Schüler*innen deutliche
1655 Nachteile, weshalb oft auch große Teile der Elternschaft für eine Umwandlung sind. Dass
1656 es dennoch so viele gibt liegt im Wesentlichen an den hohen Anforderungen, die zur
1657 Umwandlung zu erfüllen sind. Umwandlungsverfahren scheitern i.d.R. "unecht", also an der
1658 verfehlten absoluten Mehrheit der Elternschaft, obgleich sich eine relative Mehrheit der
1659 Eltern für eine Umwandlung ausspricht. Schulträger selbst können die Schulform gar nicht
1660 ändern obgleich häufig ein überparteilicher Wille der kommunalen Mandatsträger*innen
1661 vorliegt.

1662 Aufgrund der vorher genannten Punkte betrachten wir die Bekenntnisschule als eine
1663 Ungerechtigkeiten verstärkende und verfestigende Schulform, welcher wir die
1664 Gemeinschaftsschule in allen Punkten vorziehen.

1665 Wir fordern, dass an Bekenntnisschulen

- 1666 • die Aufnahmereihenfolge der angemeldeten Grundschulkinder zukünftig unabhängig
1667 von der Religions- und/oder Konfessionszugehörigkeit zu gestalten ist.
- 1668 • Lehranstellungen und Rektoratsstellen unabhängig von der Religions- und/oder
1669 Konfessionszugehörigkeit besetzt werden.
- 1670 • der Umwandlungsprozess dahingehend vereinfacht wird, dass eine relative Mehrheit
1671 der abstimmenden Eltern zur Umwandlung genügt.

- 1672 • langfristig, dass die Bekenntnisschulen aus der Landesverfassung gestrichen und
1673 alle Bekenntnisschulen in Gemeinschaftsschulen umgewandelt werden.